

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion
und Verwaltung:
Prag II.,
Hauß Nr. 32.
Tel. 6795,
797.

Sozialdemokratischer
Volksklub Nr. 57544.

Inserate werden laut Tarif
berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachsch.

Sozialdemokrat

Zentralorga

deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
jährlich . . . 192.—
Für Deutschland
monatlich Kz 600.— für
Deutschland Nr. 40.—
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Samstag, 15. Juli 1922.

Nr. 164.

Rehhaus!

Gestern ist auch der Senat, nachdem er das ihm vom Abgeordnetenhaus zugekommene Arbeitspensum erledigt hatte, in die Sommerferien gegangen. Das Urteil über seine Tagung kann man dahin zusammenfassen, daß wieder eine Summe geistiger und materieller Arbeit nutz- und zwecklos vertan wurde! Wenn die Mehrheitsparteien und die Regierung die bewußte Absicht gehabt hätten, den Senat zu diskreditieren und seine Überflüssigkeit zu erweisen, sie hätten dies nicht wirkungsloser und eindringlicher tun können, als es durch die Art geschah, wie der Senat in den letzten Tagen gezwungen war, die ihm vorliegenden Gesetze zu verabschieden.

In den fünf Sitzungen, die der Senat seit Beendigung der Tagung des Abgeordnetenhauses abhielt, hat er nicht weniger als 41 Gesetzesvorlagen, davon in der vorgestrigen Sitzung allein etwa 20, beschlossen. Einundvierzig Vorlagen in fünf Sitzungen — man zeige uns noch eine gesetzgebende Körperschaft in einem der anderen Staaten, die einen solchen Rekord zu schlagen vermöchte!

Aber was das Ungeheuerlichste und Groteskeste daran ist: an keiner einzigen dieser Vorlagen ist durch die Verhandlungen des Senates auch nur ein Veistrich geändert worden! Die zweite Kammer hat alle diese Gesetze bis ins kleinste unverändert angenommen, mußte sie unverändert annehmen, denn so war es ihrer Mehrheit von dem allmächtigen Fünferauschuß aufgetragen worden, und die Mehrheit parierte. Alle Proteste, Einwände, Beschwerden und Gegenanträge der Opposition blieben unbeachtet: die Senatsmehrheit hatte den Auftrag, alles ohne jede Änderung zu schlucken und gehoriam fügte sie sich in das ihr aufgetragene laudinische Joch.

Das Arbeitsprogramm, das auf diese Weise vom Senate in diesen fünf Sitzungen durchgepeitscht wurde, hätte in jeder Kammer eines anderen Staates die Arbeit mindestens einer langen Session, wenn nicht eines ganzen Jahres dargestellt, den es enthielt Vorlagen, wie die Verstaatlichung der Ausgig-Teplitzer-Eisenbahn, die Wänderung des Schulgesetzes, die Novellierung der Gemeindevahlfahrt und zahlreiche andere von nicht geringerer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung, die anderwärts alle die gründlichsten Auseinandersetzungen hervorgerufen hätten. Der Senat dagegen mußte sich auf die mechanische Beschlußfassung über alle diese Gesetze beschränken, ohne an ihren Inhalt rühren zu dürfen.

Viele der neugebadenen Gesetze tragen den Stempel der Flüchtigkeit an sich, weisen gesetstechnische und juristische Mängel in Menge auf, doch die Petta kommandiert: „Früh Vogel oder stirb!“ und die Senatsmehrheit gehorcht. So mußten die Senatoren Treitmühlenarbeit verrichten, immer ohne die Möglichkeit, auch nur das Geringste an den ihnen unterbreiteten Gesetzen ändern zu können. Die Opposition, durch die Polizeigesetzordnung wehrlos gemacht, war machtlos gegenüber der Herabwürdigung des Senates zur willenlosen Abstimmungsmaschine.

Daß ihre Mitglieder angetrichelt der Hoffnungslosigkeit, auch nur einen ihrer Abänderungsanträge durchzubringen, die Lust verloren, an dieser Parodie einer Gesetzgebungsarbeit mitzuwirken, ist mehr als erklärlich, und so blieben unsere Genossen den meisten Ausschüßungen demonstrativ fern, um auf diese Weise gegen die Zwecklosigkeit der Komödie dieser Beratungen zu demonstrieren.

Die den Senat ausgiebig verächtlich und lächerlich machende und für das gesetzgeberische Wirken schädliche Arbeitsmethode des Senates, wie man sie in diesen Tagen schauernd miterlebt hat, ist die natürliche und nur noch krasser geartete Folge der Arbeitsmethoden des Abgeordnetenhauses, die wieder in der Zerissenheit innerhalb der Koalitionsparteien und in dem unseligen Wirken der Petta ihren Ursprung hat. Schon das Abgeordnetenhauß muß die ihm vorgelegten Gesetzesvorlagen meist unbesehen annehmen, immerhin wird dort dem Absolutismus des Fünferauschusses mitunter dadurch ein Feigenblatt vorgehalten, daß es

Die Regierungsumbildung in Deutschland.

Man kombiniert: Besetzung der freien Posten durch Fachminister, des Außenministeriums durch einen Volksparteiler; Hilferding-Wiederaufbauminister?

Berlin, 14. Juli (Eigenbericht). Die innerpolitische Lage hat sich wenig geändert. Der Reichspräsident, der schon gestern erwartet wurde, soll erst am Sonnabend in Berlin eintreffen. Inzwischen suchen die bürgerlichen Parteien nach neuen Kompromißmöglichkeiten, um die Koalitionserweiterung nach links und die Reichstagsauflösung zu vermeiden. Man will insbesondere einige Artikel des Gesetzes zum Schutze der Republik so umändern, daß sie die Zustimmung der sozialistischen Parteien erhalten und man glaubt dadurch, daß sich bei der entscheidenden Abstimmung über das Schutzgesetz, die ursprünglich morgen erfolgen sollte, sich aber bis Mitte nächster Woche hinauszuziehen dürfte, mit Einschluß der sozialdemokratischen Partei doch eine Zweidrittel-Mehrheit finden werde. Selbst wenn das eintreffen sollte, so ist damit die Krise nicht beseitigt. Es handelt sich nicht allein um das Schutzgesetz, sondern um dessen Ausführung, die nur von einer nach links orientierten Regierung gewährleistet werden kann.

Denke tauchen wieder neue Kombinationen auf. Aus einer Unterredung, die der Reichskanzler

Wirth gestern abends mit den Unabhängigen Hilferding und Breitscheid hatte, schließt man in der bürgerlichen Presse, daß Dr. Wirth die freien Posten des Kabinetts durch sogenannte Fachminister besetzen will, die nicht durch die Parteien, sondern vom Reichskanzler selbst gewählt werden. Man schiebt in diesem Zusammenhang dem Reichskanzler die Absicht zu, das Außenministerium durch einen Volksparteiler zu besetzen, und man nennt dafür den jetzigen deutschen Votschafter in Amerika, Wiedfeld und den früheren Reichschatzminister von Raumar. Das Wiederaufbauministerium soll durch Genossen der Hilferding besetzt werden, der zwar nicht Reichstagsabgeordneter ist, aber zweifellos über die notwendigen Qualifikationen zu diesem Posten verfügt. An die sozialdemokratischen Parteien ist man in dieser Hinsicht noch nicht herangetreten, insoweit man sie zu diesem Plan noch keine Stellung nehmen. Es dürfte aber zweifelhaft sein, ob die U.S.P.D. sich damit zufrieden geben wird.

Ein Rettungsversuch für Oesterreich?

Ein Plan Morgenthau.

Paris, 14. Juli. „New York Herald“ veröffentlicht ein Interview mit dem ehemaligen amerikanischen Votschafter in Konstantinopel Morgenthau, der sich in Oesterreich aufgehalten hat und zur Zeit in Paris weilt. Morgenthau beabsichtigt eine internationale Gruppe mit einem Kapital von 50 bis 60 Millionen Dollars zur Wiederherstellung der österreichischen Industrie zu schaffen. Er will damit auch ein für andere Nationen beherzigenswertes Beispiel geben. Ein Jahr nach Bildung seiner Gruppe, erklärte Morgenthau, wird Oesterreich zu einer beträchtlichen Handelsstätigkeit befähigt sein. Man wird dann sehen, wie falsch es heute ist, zu erklären, daß

Oesterreich endgültig verloren sei. Nach sechs Monaten werden die österreichischen Eisenbahnen, die gegenwärtig für den Staatschatz eine sehr große Last darstellen, Einnahmen bringen. Es würde genügen, diejenigen energischen Maßnahmen zu treffen, die die Regierung selbst aus Furcht vor Aufständen nicht zu ergreifen imstande ist. Es gibt heute in Oesterreich weniger Arbeitslose als in den Vereinigten Staaten. Zur Mitarbeit an der Rettung Oesterreichs sollen die englischen, italienischen und französischen Finanziers herangezogen werden. Der Vorsitzende der Gruppe soll ein Amerikaner sein.

möglich erscheint, an den Vorlagen wenigstens gesetstechnische Mängel abzustellen. Der Inhalt der Vorlagen wird durch den monatelang sich hinziehenden Kuhhandel der Petta festgelegt und auf ihn hat auch das Abgeordnetenhauß so gut wie gar keinen Einfluß. Ruß schon die erste Kammer fast stets in einer ihr gesetzten kurzen Frist das mühselig erhandelte Arbeitsprogramm annehmen, so sind die dem Senat gesetzten Fristen noch weit kürzer und sein Einfluß gleich Null.

Die Koalition will nicht sterben und kann nicht leben — sie ist froh, daß sie von Fall zu Fall die Gesetzgebungsmaschine überhaupt in Tätigkeit zu setzen vermag und die innerhalb der Koalition vereinbarten Vorlagen unter Mißbrauch des mißachteten und entrechteten Parlamentes durchzubringen vermag. Daß die entwürdigende Rolle, welche die beiden Häuser infolge der Petta Wirtschaft spielen müssen, bei den Tagungen des Senates nur umso deutlicher und trafenhafter zum Ausdruck kommt, liegt daran, daß dem Senat in diesem traurigen Spiele ausschließlich die Rolle des Statisten zugebacht ist.

Es kann nicht geleugnet werden, daß auch unter den Mitgliedern der Mehrheit sich viele befinden, welche einsichtig genug sind, die Herabsetzung der ihnen zugemuteten Aufgabe und die Schädlichkeit dieser Entartung des Parlamentes zu empfinden. Da beide Kammern nichts zu sagen haben, sehen diese Einsichtigeren ein, daß sich die Bevölkerung endlich fragen muß, wozu die riesigen Kosten für zwei Häuser aufgebracht werden müssen, da doch eines hinreichend wäre, dem Absolutismus der Petta den Deckmantel abzugeben. Wozu müssen zweimal alle Drucksorten gedruckt und die riesigen

Kosten eines doppelten parlamentarischen Betriebes aufgewendet werden, wenn auch nicht einmal eine der Kammern auf den Inhalt der Gesetze Einfluß nehmen kann! Für die Abgeordneten, auch für jene der Mehrheit, müssen diese Zustände, die sie in den Augen der Bevölkerung lächerlich erscheinen lassen, auf die Dauer unerträglich werden.

So arbeitet die Petta und ihr System selbst aufs eifrigste daran, die Einrichtung des Senates als überflüssig erscheinen zu lassen. Den Schöpfern der Verfassung schwebte wohl bei der Schaffung des Senates vor, daß diese Körperschaft die Aufgabe haben werde, die vom Abgeordnetenhauße beschlossenen Gesetze einer ruhigen und kritischen Nachprüfung zu unterziehen. Diese Aufgabe konnte der Senat bisher so gut wie gar nicht erfüllen. Ihm haftet der Geburtsfehler an, daß er fast im völlig gleichen Verhältnis aus denselben Parteien zusammengesetzt ist, wie das Abgeordnetenhauß. Dadurch ist er unfähig, einen anderen Willen als das Abgeordnetenhauß zum Ausdruck zu bringen und andere Kräfte wirkend werden zu lassen. Der sich allein schon daraus ergebende Widerspruch der Aufrechterhaltung der beiden Kammern ist durch die in der Koalition herrschenden Verhältnisse und die damit verbundene Entrechtung des Parlamentes ins Schreiende gesteigert worden.

Die abgelaufene Session des Senates hat dies besonders deutlich zum Ausdruck gebracht. Wäre bei den Koalitionsparteien jeder Funke von Demokratie nicht längst ausgelöscht, so hätten sie es längst als ihre oberste Pflicht angesehen, dem Jammer dieses Parlamentes ein Ende zu machen.

Der Prager Zensor und die Pressefreiheit.

In der Dienstag-Sitzung des Senats haben die Senatoren Riechner, Dr. Heller und Genossen an den Herrn Justizminister folgende Interpellation eingebracht:

Die Nummer 158 des „Sozialdemokrat“, die Zentralorgans der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, wurde vom Prager Staatsanwalt wegen eines Artikels konfisziert, der den Titel trug: „Der Geist des Militarismus“. Es ist dies innerhalb einer Woche das zweite Mal, daß das genannte Blatt der Beschlagnahme verfiel. Das erstmal war es eine Kritik eines Urteils des königlichen Bezirksgerichtes gegen Arbeiter, welche der Übertretung gegen das sogenannte Terrorgesetz angeklagt waren, eine Kritik, die drei Zeilen umfaßte und die angeht des Urteils eher zu milde, als zu scharf genannt werden kann. Die Beschlagnahme dieser Zeilen widerpricht aufs schärfste sogar der Praxis der wirklich nicht von sehr freiheitlichem Geiste erfüllten altösterreichischen Staatsanwälte. Noch viel ärger steht es mit der Konfiskation des Artikels „Der Geist des Militarismus“. Um dem Herrn Minister zu zeigen, wie der Prager Staatsanwalt die Presse- und Meinungsfreiheit in Sachen des das Volk schwer bedrückenden Militarismus wahr, sei der Inhalt des Artikels hier angeführt, wobei bemerkt wird, daß nur der erste Absatz vom Rostift des Herrn Staatsanwaltes beschont blieb. Der Artikel lautet:

Der Geist des Militarismus.

„Der Militarismus muß als eine Krankheit bezeichnet werden, welche durch Massenaggressionen eine tiefenbaste Verbreitung hat.“ — Wir stellen diesen Satz an die Spitze der nachfolgenden Ausführungen, nicht weil wir glauben, daß diese Definition des Militarismus erschöpfend ist, sondern weil mit diesem Satze ein Leitartikel begann, der wohl nur durch irgend einen Zufall in die „Prager Presse“ vom 28. August vorigen Jahres geriet. In diesem Aufsatz wurde die „Kriegsschuld des Militarismus“ — versteht sich: des deutschen — nach allen Regeln der Kunst verurteilt und als „Infektionsstoffe“ der Seuche Militarismus wurden genannt: „Neben und Massenveranstaltungen, Ruff, Kommandorufe, Fahnen und bunte Farben, Gewehrknall und Kanonendonner, Wälder und fulminante Zeitungsartikel“. Wir zitieren alle diese „Infektionsstoffe“ deshalb wörtlich nach der „Prager Presse“, weil dieses Blatt selber ihrer immer mehr mit sich trägt und weil gerade die Artikel der „Prager Presse“ eines der deutlichsten Symptome jener Krankheit sind, die den tschechoslowakischen Staat ergriffen hat. Wohin die Tschechoslowakei in den dreieinhalb Jahren ihres Bestandes geraten ist, geht klarer, sinnfälliger als je aus der Zborov-Feyer hervor. Und wer nicht Gelegenheit hatte, diese „denkwürdigen Tage“ in Prag zu erleben, — der lese eben die „Prager Presse“.

Das Bild, das Prag in den letzten Tagen bot, und alle die hundert Eindrücke, die sich dem Beobachter einprägten, zeigten mit vorher nie dagewesener Deutlichkeit, daß der Geist des Militarismus in der Tschechoslowakei ins Ungeheure wächst. Wir haben vom ersten Tag der Republik an bei jedem Anlaß auf den „neuen Militarismus“ hingewiesen, haben immer und immer wieder dargelegt, daß sich der Militarismus tschechoslowakischer Spielart vom altösterreichischen nicht um ein Jota unterscheidet, wir haben — leider vergebens — dagegen angekämpft, daß der wiedererstandene Moloch Millionen und aber Millionen verschlingt, die dem arbeitenden Volke ausgepreßt und entzogen werden, wir haben immer wieder den Arbeitern gezeigt, daß der Militarismus auch in unfriederlicher Zeit Blutopfer fordert. Wir erinnern nur an die Opfer der militärischen Schießübungen, an die sich häufenden Fälle von Soldatenselbstmorden, an die blutige Tragödie, die sich vor kurzem in der Egerer Infanterieschießerie abspielte, an die Mißhandlung von Soldaten, an die vielen anklagenden Soldatenbriefe. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht irgend ein Ereignis, irgend eine Zeitungsmeldung der Bevölkerung die Tatsache in die Köpfe hämmert, daß hier ein Militarismus besteht, der in Altösterreich eine gute Schule genos und sich nun die „Moderne“ aus dem vielgeliebten Frankreich holt. Man ist also schon an manches gewöhnt, dennoch war der Gedanktag an Zborov eine Ueberraschung, er zeigte, wie tief drinnen wir im Freuen des neuen Europa leben.

Die Prag am Tage des Gedankens an Zborov aussah, wurde bereits geschilbert und veranschaulicht, wie sehr die Republik bereits „infiziert“ ist, — um ein Wort zu gebrauchen, das der „Prager Presse“ einstmals unbedacht entchlüpfte. Prag

glich am letzten Samstag und Sonntag einem Heerlager. Zehntausende Menschen, in den Uniformen der tschechoslowakischen Armee und der Legionen, in den Trachten nationalitätlicher Vereinigungen und in bürgerlicher Kleidung, waren auf den Beinen, um an dem Schauspiel des Kriegs im Frieden mitzuwirken oder es mit anzusehen. Das ist eigentlich das zutiefst Bedauerliche an der Erscheinung, das sich jedem in diesen Tagen einprägen mußte: daß es den tschechischen Militaristen, Imperialisten und Nationalisten gelungen ist, den Geist so breiter Massen des tschechischen Volkes so tief mit dem Gift zu durchsäuern, dessen fürchterliche Wirkung wir kaum ein Jahrhundert früher schauernd miterlebten. Der Gedanktag von Jborov war auch ganz danach angelegt und nicht zum geringsten ja auch zu dem Zwecke veranstaltet, um diesen ungesunden Geist von neuem und noch tiefer in die Massen zu tragen. Der Zauber der Montur, das Funkeln der Waffen, der Paradeschritt der Bataillone, das großartige Einberufen der Kavallerie, das imposante Aufmarschieren der Artillerie, aufmunternde Ansprachen, tönernde Kommandoborste, Fahnen und bunte Farben, aufpeitschendes Gewehrgeklapper und Kanonenschüsse — all das mußte wieder mitwirken, um die Sinne der Menschen, die zu dem Schauspiel in riesigen Scharen gekommen waren, zu umnebeln.

Ist es möglich, daß alle diese, die Zeugen des „großen Erlebens“ sein wollten, die Leiden, die Not und das grenzenlose Elend schon vergessen haben, das der Weltkrieg über die Menschheit gebracht? Aber die tschechischen Imperialisten verstehen es trefflich, ihren Militarismus in den Mantel des Nationalismus zu kleiden, ihn als Volkssache hinzustellen und seine wahre Ursache: die Großmännlichkeit, zu verschleiern. So sehen wir denn, daß der Geist, der als preußischer Geist Deutschland ins Unglück stürzte, und als Glaube der kaiserlich-königlichen Armee das alte Oesterreich in Trümmer schlug, in der Tschechoslowakei eine Urstunde feiert, die sogar das siegreiche Frankreich übertrifft. Den Nachfolgestaaten blieb es vorbehalten, an der Spitze jener Mächte zu marschieren, die den stuchwürdigen Militarismus wieder ausleben lassen; als Bannerträger marschiert diesen Vasallenstaaten des imperialistischen Frankreich die Tschechoslowakei voran. In keinem Land Europas ist ein größerer Teil vom Hundert der Bevölkerung unter den Fahnen als hier, das Militärbudget droht, den Staat lahmzufressen. Und die Tschechoslowakei prunzt noch mit diesem Geist, hält ihn in prunfende nationalitätliche Gewänder und geht mit ihm herausfordernd auf die Straße, wohl, um aller Welt zu zeigen, wie hierzulande abgerüstet wird.

Die Arbeiterschaft darf es nicht mehr dabei belanden lassen, sich klar zu machen, wohin die Fahrt geht, sie muß auch alles tun, was den Geist des Militarismus einzudämmen geeignet ist. Soweit nur irgend möglich, muß die Bevölkerung aufmerksam gemacht werden, sich der Folgen der immer mehr wachsenden Militarisierung dieses Staates bewußt zu werden und sich für die kommenden Dinge zu rüsten. Wir können der entschlichen Stunde nicht anders Herr werden, als indem wir von unten heraus gegen sie ankämpfen und unablässig das Gegengift in die Herzen und Hirne der Massen träufeln, damit sie immer mehr unseren Geist erfassen, der am Ende über den Geist der Gewalt, des Blutes und des Nordens Herr bleiben wird.

Die Beschlagnahme dieses Artikels kann nicht anders als ein unerhörtes Anzeichen auf die Pressefreiheit bezeichnet werden. Die Befestigten stellen daher die Frage:

1. Ist der Herr Justizminister geneigt, in Anbetracht der Uebergriffe des Staatsanwaltes diesen zur Verantwortung zu ziehen?

2. Ist er entschlossen, den Staatsanwalt anzuweisen, daß in Zukunft derartige mutwillige Konfiskationen unterbleiben?

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Die Wehrbegünstigungsvorlage — im Senat angenommen.

Die beiden gestrigen Sitzungen hätten wohl zusammen kaum eine Stunde in Anspruch genommen, wenn nicht die Wehrheitsparteien sich plötzlich besonnen hätten, daß sie dazu da seien, im politischen Leben dieses Staates auch eine Rolle zu spielen. Diese Kraftanstrengung nahm hinter den Kulissen in Verfassungen, Wehrausschuß- und Obmannerkonferenzen so viel Zeit in Anspruch, daß ein ganzer Tag dazu notwendig wurde, um dem Abgeordnetenhaus einmal den Herrn zu zeigen. Es ist aber kaum anzunehmen, daß den Senatoren dies gelang; denn die alten Herren von der tschechischen Majorität scheinen ihre Kraft überschätzt und sich bei dieser Ueberanstrengung einen kleinen Verfassungsbruch zugezogen zu haben. Es handelte sich ihnen darum, das wegen der Unstimmigkeiten in der Koalition von der Regierung im Abgeordnetenhaus zurückgezogene Wehrpflichtbegünstigungsgesetz auf dem Umwege eines eigenen Initiativantrages mit einigen Änderungen der Regierungsvorlage im Senate durchzudrücken. Sie scheinen übersehen zu haben, daß verfassungsgemäß Regierungsanträge in Budget- und Wehr-Angelegenheiten zuerst dem Abgeordnetenhaus vorzulegen sind. Der Senat dürfte sich mit der Ausrede einstellen, daß er nicht einen Regierungsantrag, sondern einen eigenen Initiativantrag eingebracht und angenommen hat. Was allerdings das Abgeordnetenhaus dazu sagen wird, bleibt abzuwarten.

Um 9 Uhr 10 Minuten eröffnete Vizepräsident Radlka die gestrige Sitzung. Zunächst genehmigte der Senat, daß der Antrag der Sen. Donat, Sablik etc. und Sen., betreffend die Herausgabe des Wehrbegünstigungsgesetzes, in Form eines Dringlichkeitsantrages behandelt werde. Die Angelegenheit wurde dem Wehrausschuß überwiesen, der darüber in der nächsten Senatsitzung Bericht erstatten soll. Dann wurde der Antrag des Sen. Jug. Klimko und Sen., betreffend die Staatshilfe für die Abträndler in der slowakischen Gemeinde Kaskawitz vom Hause angenommen. Damit war die erste Sitzung des Tages geschlossen.

Um halb 11 Uhr wurde die nächste (128.) Sitzung vom Vizepräsidenten Radlka eröffnet.

Das Haus ging in die Debatte über das Gemeindefahndungsgesetz ein. Hierzu lag eine Resolution der nationaldemokratischen Senatoren Dr. Brabec und Sen. vor, in der die Regierung angesichts der erfolglosen Verhandlungen in Bezug auf eine Aenderung dieses Gesetzes aufgefordert wird, in der nächsten Herbstsitzung dem Parlament eine neue vollkommene Reform der Gemeindefahndung vorzulegen.

In der Debatte sprach zunächst

Senator Genosse Glabik

Bei der Vorlage handelt es sich in Wahrheit nur darum, die Mandatsdauer auf vier Jahre zu erhöhen. Entscheidend dafür war die Furcht vor den Neuwahlen. Welcher Geist die Wehrheitsparteien beherrscht, kommt mit aller Deutlichkeit in diesem Gesetze zum Ausdruck. Die zufällige Macht einer Partei wird dazu benützt, um im Besitze von Mandaten zu bleiben. Das ist unmoralisch. Wir deutschen Sozialdemokraten treten mit aller Entschiedenheit gegen die Verschiebung der Wahlen auf, obwohl wir wissen, daß wir unsere Position nicht zu halten imstande sein werden. Aber wir sind überzeugt, daß die auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete eingetretene Reaktion nur eine vorübergehende Erscheinung ist, und daß

der Siegeszug des Sozialismus wegen des Verlustes einiger Mandate nicht aufgehalten werden kann.

Wenn die Regierungsparteien in ihrer gegenwärtigen Politik verharren, dann kann nur eine Verschlechterung der Verhältnisse eintreten, dann aber müßten jene auch dem § 10 eine andere, ganz konsequente Fassung geben, insofern sie sagen: „Eine Verschiebung der Gemeindefahndung kann nur dann stattfinden, wenn Wehrheitsparteien gewählt werden!“ Die Gemeindefahndung ist reformbedürftig, aber im Zusammenhange mit der Aenderung der Wahlordnung müßte auch eine Novellierung des Gesetzes über die ständigen Wählerlisten erfolgen. Redner bespricht dann eingehend die Wirkungen des § 10, der in der Praxis eine viel weitgehendere Verlängerung der Mandate ermöglicht, sodaß wir frühestens im August nächsten Jahres Wahlen haben werden. Bei dieser Gelegenheit macht Sen. Glabik die Regierung neuerlich darauf aufmerksam, daß endlich die Wahlen in jenen Gebieten durchgeführt werden, die noch keine gewählte Vertretung haben. Er bittet das Haus, für die von seiner Partei diesbezüglich eingebrachte Resolution zu stimmen. Im übrigen werden die deutschen Sozialdemokraten gegen die Vorlage stimmen. (Beifall.)

Sen. Raegle (nat.) gab namens des deutschen parlamentarischen Verbandes eine Erklärung ab, in der er gegen das durch den § 10 des Gesetzes drohende Vorgehen Verwahrung einlegte. Seine Partei werde gegen das Gesetz stimmen.

Sen. Brabec (tschech. Nat.-Dem.) protestierte dagegen, daß sich das Abgeordnetenhaus im letzten Augenblicke auf eine Reihe von Gesetzen einigt, die dann dem Senat zur Verhandlung vorgelegt werden. Es sei hoch an der Zeit, deutlich und klar auszusprechen, daß ein solcher Vorgang weiterhin unmöglich werde, da er unserem Parlamentarismus schade. Redner trat dafür ein, daß die Vorlagen, die nicht mit Erfolg im Abgeordnetenhaus durchberaten werden könnten, rechtzeitig dem Senate übergeben würden, der sie vollkommen selbstständig behandeln dürfte. Im übrigen nahm er gegen das vorliegende Gesetz Stellung, widmete einen großen Teil der Rede der Entpolitisierung des Heeres, sprach sich für die freien Kandidatenlisten aus und bat schließlich den Senat, für seine Resolution zu stimmen.

Sen. Chlumecny (Kommun.) verurteilte namens seiner Partei das Gesetz. Er endete mit der Erklärung, daß die Kommunisten dagegen stimmen werden.

Darauf — halb 12 Uhr — wurde die Sitzung unterbrochen.

Um halb drei Uhr nachmittags eröffnete Vizepräsident Radlka neuerlich die Sitzung. In der Debatte über die Gemeindefahndung sprach weiter

Sen. Thof (tschech. Verb.). Er legte gegen die Durchpeltung dieser wichtigen Vorlage Protest ein und polemisierte gegen den Redner der tschechischen Nationaldemokraten.

Sen. Dr. Soukup (tsch. Soz.-Dem.) bestritt die Behauptung des Senators Glabik, daß die tschech. Sozialdemokraten das Gesetz aus dem Grunde befürworten, weil sie hoffen, dadurch die Gemeindefahndung zu verschleppen. Die Opferwilligkeit der Gemeindefunktionsäre beruhe auf ihrer Loyalität zur Partei und zum Staate.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wurde die Vorlage in erster und zweiter Lesung angenommen. Die Resolution der deutschen Sozialdemokraten fiel.

Hierauf berichtete Sen. Dr. Herben über die nun redigierte Wehrbegünstigungsvorlage. Rein menschliche Erwägungen, sagte er, haben zur Einbringung dieser Vorlage geführt, durch welche der

Staat überdies, mindestens 100 Millionen Kronen jährlich erspare. Das Gesetz wurde ohne Debatte mit zwei von den tschechischen Sozialdemokraten eingebrachten Resolutionen in erster und zweiter Lesung angenommen. Alle Anträge der deutschen Sozialdemokraten wurden abgelehnt. Der dringlichen Interpellation unserer Genossen, betreffend den Ueberfall auf deutsche Turner in Wlaska wurde die dringliche Verhandlung nicht zuerkannt.

Nach Abschiedsworten des Vizepräsidenten Radlka, welcher den Senatoren angenehme Ferien wünschte, wurde hierauf die Frühjahrsession geschlossen.

Sitzung des Wehrausschusses.
Alle Resolutionen der deutschen Sozialdemokraten bis auf eine gefallen!

Zur Beratung stand der Initiativantrag der tschechischen Parteien über die Gewährung von Wehrbegünstigungen. Während es im Antrag heißt, daß alle jene, welche die Voraussetzungen des Gesetzes erfüllen, (also Familienerhalter, Besitzer von kleineren und mittleren Bauerntüchern, Gewerbetreibende, Arbeiter und Hochschüler) bis zu einer Gesamtzahl von 8000 zu beurlauben sind, beantragte der Referent, daß diese Personen beurlaubt werden können. Gegen diesen Antrag sprachen sich namens der deutschen Sozialdemokraten Senator Genosse Dr. Heller, namens der tschechischen Sozialdemokraten die Senatoren Svoboda und Kosa aus. Bei der Abstimmung wurden für jeden der beiden Anträge sieben Stimmen abgegeben. Von den deutschbürtigen Senatoren war nicht ein einziger anwesend, sodaß diese die Schuld daran tragen, wenn das Gesetz verschlechtert und die Zahl der Beurlaubten herabgesetzt wurde. Die Herren nehmen in den Versammlungen den Mund sehr voll, wo sie aber für die Bevölkerung etwas leisten können, dort fehlen sie.

Im weiteren Verlaufe beantragte der Referent, daß insgesamt 8000 Eingerückte zu beurlauben sind und daß alljährlich die zu Beurlaubenden im Verhältnis zur Zahl der Eingerückten zu bestimmen seien. Dr. Heller beantragte die Streichung dieses Absatzes, sodaß alle jene, welche die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, ohne Festsetzung einer Höchstzahl zu beurlauben wären. Senator Svoboda beantragte, daß von jedem Jahrgang 8000 zu beurlauben sind und beantragte überdies die Streichung des zweiten Absatzes. Hierauf erklärte der Minister für nationale Verteidigung Udrzal, daß die Regierung auf diese Anträge unter keiner Bedingung eingehen könne und an den weiteren Verhandlungen unter solchen Umständen nicht teilnehme. Der Vorsitzende Senator Kosa unterbrach hierauf die Sitzung zu einer Beratung der koalitierten Parteien.

Bezeichnend ist, daß nach § 4 des Entwurfes auch neben bedürftigen Industrie- und landwirtschaftlichen Arbeitern mittellose Hörer der Hochschulen zu beurlauben sind. Der Referent beantragte das Wort „mittellos“ wegzulassen, sodaß alle Hochschüler beurlaubt werden können. Da nun nach dem Entwurf die Arbeiter und Hochschüler zur selben Gruppe gehören und die Aufteilung gleichmäßig nach den drei Gruppen (Familienerhalter, Bauern und Arbeiter beziehungsweise Hochschüler) zu erfolgen hat, so würde durch die beantragte Aenderung die Zahl der zu beurlaubenden Arbeiter auf ein Minimum herabgesetzt werden, weil mit ihnen innerhalb dieser Gruppe nunmehr alle Hochschüler konkurrieren würden. Nach der vorgelegten Statistik kamen kaum mehr als tausend Arbeiter zur Beurlaubung und erst dann, wenn man annimmt, daß der agrarische Minister für nationale Verteidigung in vollständig objektiver und gerechter Weise die Beurlaubung vornehmen würde, worin einige Zweifel zu setzen sind.

Um halb 2 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen und es erwies sich, daß mittlerweile die Koalition wieder gelehmt war. Unsere Genossen stellten eine Anzahl von Verbesserungsanträgen, welche aber bis auf einen einzigen von der tschechischen Mehrheit abgelehnt wurden.

des Fiebers gesehen hatte. Ueberlebensgroß und doch unwahr, gespenstisch, visionär, apokalyptisch... Es war ein müder, abgepannter Bekehrtenkopf mit bebrillten matten Augen, großen, bleichen, nervösen Händen...

Einmal stand der Arzt vor seinem Bett und fühlte den Puls und sah angestrengt auf den Zeiger der Uhr — dann horchte er das Herz ab und machte ein Gesicht, wie jemand, der etwas entdeckt hat.

Der Kranke aber sah auf die Hofe des Arztes, sah wie — als und abgetrohen sie war und an den Nähten gefranzt; er sah, wie aus den Halschühen die Soden guckten und aus diesen an der Herse ein Stück des bloßen Frases. Das hatte ihn eigentümlich traurig gemacht — in dem merkwürdigen Zustand des Wachttraumes, in den ihn das Fieber warf, kam es ihm vor, als bestände ein tiefer Zusammenhang zwischen seiner Krankheit, die nicht besser werden wollte, und der Armut des Arztes. Er trieb seine Fantasien so gar so weit, daß er laut vor sich hin sprach: „Hätte ich das Geld, mir einen großen, berühmten Professor rufen zu lassen, der sich längere Zeit — gegen gute Bezahlung — mit mir abgibt, ich könnte vielleicht wieder genesen...“

Aber nun waren diese Tage auch vorübergegangen und er war für gesund erklärt. Er hatte auch keine Arznei mehr verschrieben bekommen.

Run wollte er wieder ins Büro gehen, wie alle Tage seit mehr als zwanzig Jahre. Wieder die drei Treppen hoch steigen, den langen, künst-

lich beleuchteten Weg mit den schweren Geräuschen ungeläuteter Schreibstuden, von Tinte und Altesstaub — und auf den Gängen war es muffig, roch es immer nach Schwefel und Ammoniak — nach jahrelang getragenen Röden, durchsiefenen Lederstühlen... Wieder die Kollegen sehen, die alle etwas Ungütiges, Verbittertes hatten; alle bestanden sie aus ein wenig Geiz, Unwissenheit — einer verstand sich nur sehr genau auf Larife, darüber hinaus wußte er nichts... Und wenn einer Frau und Kinder hatte, war er ein ganz anderer Mensch und sah auf die andern herab. Wie viele von ihnen aber konnten Frau und Kinder ernähren? In der Jugend hatten sie Liebchaften und im Alter blieben sie einsam, wohneten möbliert.

Ich auch, ich bin auch so einer, dachte er; ein Mensch, um den eigentlich kein Gahn kräht. Keine Eltern, keine Geschwister und Verwandte, keinen einzigen wirklichen Freund, niemand; kahlföpfig, kurzschichtig, mittellos, herzlos — ich, der Beamte. Was konnte für ihn noch kommen? Um acht Uhr ins Amt, um zwölf Uhr zum Mittagessen ins Beamtenpesshaus, um zwei Uhr ins Amt, um sechs Uhr nach Hause — vier Stunden allein sein und dann schlafen — Schlafmittel, Herztröpfchen und endlich schlafen. Und aus der Tiefe seines Herzens stöhnte er: wenn doch dieses Leben schon ein Ende hätte!

Er keibete sich langsam an, er ließ sich Zeit. Den ersten Tag wird man es nicht allzugroß mit ihm nehmen. Er rästerte sich mühselig, legte die

paar Streifen Haare über den blanken Schädel; er band sich seine Kravatte, er nahm die Weste, pakte seinen Kneifer — er war müde und mußte alles sitzend machen.

Er dachte daran, daß er in den nächsten fünfzehn Minuten wieder fix und fertig auf der Straße gehen würde wie einst und es kam ihm so seltsam vor, daß er lächelte. Tränen traten in seine Augen, rannen über seine Wangen — er war ganz allein in der Wohnung — seine Mietfrau war um diese Zeit Morgeneinkäufe besorgen — einsam war er, einsam und allein — nichts auf der Welt war so entsehrlich wie dieses Alleinsein...

Mit einem Male spürte er, wie er langsam ganz schwach wurde — er hatte nicht mehr die Kraft, die Hand auszustrecken, um das Fenster zu öffnen, um Hilfe zu rufen... Er fiel vom Stuhl, glitt zu Boden, ein kurzer, heftiger Kampf — dann lag er ganz still.

Nach einer halben Stunde kam die Mietfrau. Sie hatte ihm die Zeitung mitgebracht — Kaffee an und trat ein... Sie sah ihn an, heugte sich zu ihm, er lag gestreckt, das Gesicht frei, ein wenig von der Hand bedeckt, als wollte er die Tränen aus den Augen wischen. Sie sah ihn lange an, sie kannte ihn ja so gut; sie schrie nicht auf, sie machte nicht Lärm; sie holte nur einige Nachbarinnen. Man lief um den nächsten Arzt.

Als der Arzt tot gefasst hatte, breitete man die dunkle Bettdecke über ihn.

Der Junggeelle.

Von Elise Feldmann.

Er war etwas über die Mitte der Bierzig, ein einsamer, untergehaltener Mann, auf einem möblierten Rabbett bei einer alleinstehenden alten Frau zur Miete.

Vor zwei Tagen war er nach vierzehntägigem Krankentage zum erstenmal aufgestanden; und heute wollte er wieder ins Büro gehen. Gestern war er beim Stassenarzt und dieser hatte ihn flüchtig angeschaut — die Lunge rasch abgehört, ein paar Fragen gestellt, gefunden, daß kein Fieber mehr war — und schließlich hatte er gesagt: „Heute schreibe ich Sie ab; Sie sind gesund und können wieder arbeiten.“ Während er sich anjog, hatte er den Arzt angesehen und gesagt: „Glauben Sie wirklich, daß ich gesund bin, ist das Ihr Ernst?“

„Ja, ja.“
Er sah nochmals den Arzt fragend und böse an wie einen Feind. Doch der hatte ihm schon zur Tür hinausbegleitet. Im Wartezimmer standen noch viele Menschen — andere Beamte — die den Arzt brauchten und eine Stunde dauerte die ganze Ordinationszeit.

Als er schon auf der Straße war und an der Wand entlang launelte, sah er noch das Gesicht des Arztes vor sich — so überdeutlich und scharf trat es auf einmal vor ihn, wie er es noch

Klerikale oder freie Schule?

Eine Rede des Senators Professor Polach zum „Kleinen Schulgesetz“.

Wir tragen hier die Rede nach, die Senator Prof. Polach in der Donnerstagssitzung des Senates bei der Beratung des sogenannten „Kleinen Schulgesetzes“ hielt. Er führte aus:

Soweit wir bisher Schuldebatten zu führen hatten, war es immer der Kampf um die Existenz der Schule, es war ein Kampf gegen Schulauflösungen, es war ein Kampf gegen die Existenz der deutschen Schule. Die Schulfrage, die Sie durch das kleine Schulgesetz in die Diskussion gestellt haben, hätte die Möglichkeit ergeben, eine Auseinandersetzung über das Grundproblem der Schule auf einem Boden zu schaffen, der unstrittig geeignet gewesen wäre, eine Annäherung herbeizuführen. Aber wir müssen sagen, daß das, was uns heute vorgelegt wird, ein Extrakt für die Entwicklung dieses Staates in den vier Jahren seines Bestandes ist. Wenn Sie den kulturellen Inhalt, der ja den staatlichen Inhalt dieser Geschichte begleitet, in diesen vier Jahren charakterisieren wollten, so können Sie sagen: Unsere Kultur, unsere Schulentwicklung ist auch rückföhrlich des tschechischen Volkes eine Entwicklung von Johann Hus zu Sramel. Das sind jene Auffassungen des Schulwesens, dem jedes Mittel und jede Ideologie recht ist, um die Schule weiter als ein Instrument zu erhalten, das demütige und den Interessen der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung geneigte Menschen erhalten soll. Es ist charakteristisch, daß unter den Rednern bei der heutigen ideologischen Debatte ein Vertreter der bürgerlichen nationaldemokratischen Partei den allgemeinen leidenschaftlichen Beifall gerade der Klerikalen gefunden hat, daß es sich den Klerikalen aller Nationen, mit wenigen Ausnahmen, um nichts anderes handelt, als darum, unsere heutige Gesellschaftsordnung als eine gottgewollte nachzuweisen und zu erhalten. (Sen. Raegle: Das sind doch nichts als Profan. Sen. Hilgenreiner: Haben Sie keine besseren Argumente?) Der Hochmut der Vertreter der Klerikalen, am heutigen Abend ist so groß, daß sie sich das Recht anmaßen, das was sie sagen, als absolute Wahrheit und das, was die anderen sagen, als Phrasen zu bezeichnen.

Die Schulfrage, das große organisatorische Schulproblem, auf dessen Boden heute die gesamte denkende Bevölkerung und die gesamte Lehrerschaft steht, das ist die Forderung, daß unsere Schule in die Einheits- und Arbeitsschule umgewandelt werden kann. Es ist das große Problem, wie unsere Schule zum Instrument der staatlichen und sozialen Erziehung gemacht werden soll, um den wesentlich erschwerten Daseinskampf zu erleichtern. Aus diesem Grunde wollen wir Sozialdemokraten die Verweltlichung der Schule. Und wenn Sie nun spekulierend auf Instinkte gerade das in den Mittelpunkt der Erörterung stellen, was ja leider praktisch gar kein Problem ist, weil ja der Religionsunterricht ohnehin bestehen bleibt, so ist das nur ein Scheinmanöver, um die Freude nicht deutlich genug laut werden zu lassen darüber, daß es ihnen gelungen ist, sich als der stärkste Faktor innerhalb der Koalition zu erweisen. Denn an Stelle des großen Schulreformgesetzes, mit welchem uns z. B. das arme verhungerende Desterreich vorangegangen ist, haben Sie uns dieses

zum Instrument der staatlichen und sozialen Erziehung gemacht

vorgelegt, das der Lösung aller wichtigen und großen Probleme aus dem Wege geht, und das die Frage der Schule, des wichtigsten Instrumentes im Daseinskampfe unserer Jugend, zu einer Streitfrage über Religion und Religionsmoral oder Laienmoral macht, als ob diese theologische Unterfuchung das dringendste Geschäft der gesetzgebenden Körperschaft wäre. Ich halte es für notwendig,

schäbige „Kleine Schulgesetz“

vorgelegt, das der Lösung aller wichtigen und großen Probleme aus dem Wege geht, und das die Frage der Schule, des wichtigsten Instrumentes im Daseinskampfe unserer Jugend, zu einer Streitfrage über Religion und Religionsmoral oder Laienmoral macht, als ob diese theologische Unterfuchung das dringendste Geschäft der gesetzgebenden Körperschaft wäre. Ich halte es für notwendig,

den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei zur Frage der Religion

noch einmal zum Ausdruck zu bringen. Der Standpunkt: Religion ist Privatsache, ist kein Standpunkt, der als eine Gegnerschaft oder als eine Geringschätzung oder Verachtung gegenüber der Religion oder jenen aufgeföhrt werden darf, die aus Ueberzeugung religiös sind. Wer sich der Wüde unterzieht, die Interpretation dieses unseres Programmpunktes in unserer Literatur nachzulesen, der wird wissen, daß das wirklich unser Standpunkt ist. Und ich scheue mich nicht, zu sagen, daß es mir unsozialistisch erscheinen würde, wenn ein Sozialdemokrat in die religiösen Geföhle eines Menschen dreinreden will, ebenso wenig, wie wir es zulassen würden, daß die religiöse Anschauung von der anderen Seite geföhrt wird.

Sen. Hilgenreiner: Was haben Sie heute getan? Denken Sie an Niehner! Sen. Polach: Sollen wir einfach Ihre Lügen und Ihre Entstellungen unentwidert lassen? Sie meinen, daß Ihre Darstellungen, Ihre Verwechslung von Klerikalismus und Religion, Ihre Verwechslung von religiösem Gefühl und konfessioneller Veräußerlichung etwas so Respektvolles ist, wenn Sie mit dem Brustum der Autorität kommen. Wer hat davon zu reden begonnen? Sie irren. Wir haben von dem Kleinen Schulgesetz reden wollen, von den großen Problemen, innerhalb derer die Frage des Religionsunterrichtes eine Teilfrage ist. Aber wenn Sie

uns fragen, ob wir der Meinung sind, daß eine solche bekenntnisfreie Erziehung zur höchsten Sittlichkeit nötig ist, so werden wir sagen: Ja, wir haben diese Ueberzeugung und alles was Sie vorgebracht haben an Zitaten, ist nicht im entferntesten geeignet, diese unsere Ueberzeugung im geringsten zu entkräften. Denn was hat Herr Prof. Hilgenreiner und was hat Herr Prof. Wares in vollständiger Uebereinstimmung vorgebracht? Die technischen Schwierigkeiten, weil es sich um eine neue Sache handelt, den Mangel an Lehrern. Es ist mir psychologisch vollständig klar, warum der Herr Prof. Hilgenreiner sich gerne der Tatsache bemächtigt, daß wirklich noch keine geeigneten Lehrbücher für den Moralunterricht da sind, d. h., daß sich die Frage der ethischen, bekenntnisfreien Erziehung auf dem Standpunkte befindet, auf dem sich auch die Religionserziehung befindet, die natürlich auch bezüglich der Mittel erst lange herumgetastet und erst allmählich Organisationsformen gefunden hat? Das ist ein historisches Schicksal, welches den Wert des Moralunterrichtes nicht herabzusetzen vermag. Aber die technischen Schwierigkeiten sind nicht das Einzige. Es hat Herr Prof. Hilgenreiner in derselben Sitzung des Kulturausschusses gesagt, das Elternrecht steht mir noch höher als das Recht des Staates. Ich erkläre, daß auch die Autorität der Eltern ihre Grenzen hat, daß auch die neue Generation und die einzelne Persönlichkeit das Recht hat. Ich konstatiere die Tatsache, daß es eine ganze Reihe von Eltern geben wird, denen entweder die Urteilsfähigkeit fehlen wird, womit ich diese Eltern aber nicht kränken will. Das sind Produkte ihrer Verhältnisse. Da ist eine ganze Menge von starken Machtfaktoren ökonomischer Art. Denn es gibt so viele freidenkerische Großgrundbesitzer, welche auf dem Standpunkte stehen, daß dem Volk die Religion erhalten bleiben muß. Sie haben wahrhaftig keinen Grund zu sagen: „Vox populi, vox dei“, (Volkes Stimme, Gottes Stimme). Denn es gibt gewisse Dinge, bei denen die Majestät nichts bedeutet. (Zwischenrufe.) Ich bin nicht in der Lage, auf die aufgeregten Zwischenrufe von rückwärts zu erwidern, weil ich sie leider nicht ganz verstehen, sondern ich höre nur das geistreiche letzte Argument in diesem Falle, das Argument „Jid!“ (Jude!). Demgegenüber will ich anführen, daß sich der

Kampf auf Seite der Sozialdemokratie gegen den Klerikalismus aller Konfessionen wendet.

Nun genug von dieser Sache. Es ist noch ein anderer wesentlicher Punkt in dem Kleinen Schulgesetz, der uns als Sozialdemokraten und als Kulturkämpfer im Sinne der Erweiterung und Verbesserung des Schulunterrichtes interessiert. Das sind die §§ 5 und 6, die sich auf die Höchstzahl der Kinder beziehen, die in einer Klasse sein können. Sie haben den ursprünglichen Regierungsvorschlag verbessert, indem Sie bestimmt haben, daß schon in 10 Jahren die Höchstzahl der Kinder in einer Klasse 60 sein wird, eine Zahl, die, wie schon der Bericht des Abgeordnetenhauses sagen muß, in keinem einzigen Staate der Welt als Maximalzahl der Schüler einer Klasse ausgesprochen wird. Daß man bei 60 Schülern in der Lage ist, die Aufgaben der Schule zu erfüllen, ist ein pädagogischer Aberglaube. Das Argument von den hohen Kosten, die durch eine Herabsetzung der Maximalzahl der Schüler auf 30, eine Forderung der Sozialdemokraten, angeblich erwachsen, werden wir nie und nimmer gelten lassen. Das, was die Vergrößerung der Schülerzahl durch den besseren Schullehrer und die bessere Erziehung bringt, ist ein zehnfaches dessen an ökonomischen und sonstigen Werten als die Kosten, die sich daraus ergeben, und ich bin der Meinung, daß dieser Standpunkt, der vorläufig für 5 Jahre sogar 80 Schüler als Maximalzahl zuläßt, in abetmals 5 Jahren 70 und erst nach 10 Jahren 60, ganz falsch ist, weil es niemals so dringend notwendig war, mit einer geringeren Schülerzahl zu beginnen als in unseren Tagen, mögen die ökonomischen Schwierigkeiten noch so groß sein, weil unter den Nachwirkungen des Krieges die Daseinskämpfe viel schwerer geworden sind, weil eine bessere Auslese und bessere Anpassung an die Bedürfnisse des Lebens heute dringender ist.

Aber auch eine Reihe von anderen Schulforderungen, wie sie von der Sozialdemokratie, wie sie aber auch von allen modernen Pädagogen vertreten werden, ist in dem Kleinen Schulgesetz vernachlässigt. Sie haben den Handfertigkeitsunterricht noch immer zu etwas Bedingtem gemacht, obwohl der Handfertigkeitsunterricht eine der wichtigsten Seiten der Arbeitsschule ist, auf welche wir die Zukunftsschule aufzubauen haben. Sie haben die Haushaltungskunde für Mädchen noch zu einer provisorischen Unobligaten und von Willkür abhängigen Sache gemacht. Sie haben den nicht obligatorischen Unterricht in der zweiten Sprache, beziehungsweise in der ersten Sprache des Staates, des Landes in das Programm aufgenommen. Heute werden den deutschen Kindern Schwierigkeiten in der Erlernung der tschechischen Sprache gemacht, von der sie wieder bei jeder Gelegenheit theoretisch erklären, Sie wünschen, daß jeder Staatsbürger sie erlerne, um sich im neuen Staate heimisch zu fühlen. Wir erheben die dringendste Forderung, daß

das Tschechische an allen deutschen Schulen, zumindest aber in der Uebergangszeit an den Schulen jener Gemeinden und Bezirke eingeföhrt

werde, welche 20 Prozent deutscher Bevölkerung aufweisen. In diesem Zusammenhang will ich auch auf die Forderung hinweisen, die wir in Bezug auf das Schulwesen niemals aufgeben wollen, wenn wir die kulturellen Zwecke und Ziele der Schule erreichen wollen,

die Forderung der vollständigen Schulautonomie.

Hören Sie nicht auf diejenigen, welche Ihnen bei jeder Gelegenheit sagen, die Schulautonomie sei ein Mittel des Irredentismus. Die Schulautonomie ist eine pädagogische Forderung, die auf die Tatsache zurückgeht, daß die vollkommene Pflege des eigenen Schulwesens nur durch die eigene Nation garantiert werden kann. Geist und Organisation der Schule, Geist dieser Schule, Inhalt der Lehrgegenstände, Richtung, das alles haben Sie in der Schulgesetzgebung in der Hand. Wenn aber die Frage des Schicksals des deutschen Schulwesens abhängig sein soll von der Einsicht, von der Gnade derer, die sich frei als Herren im Staate fühlen, so werden Sie damit das deutsche Schulwesen ruinieren, sich selbst aber keinen Vorteil zuschlagen. Es ist für den freien Wettbewerb innerhalb der arbeitenden Menschen eine der wichtigsten Voraussetzungen, daß die geistigen Voraussetzungen gleichartig sind. Es sind keine nationalistischen Argumente, die die internationale Sozialdemokratie, nicht etwa erst im tschechoslowakischen, sondern auch im alten österreichischen Staate, wo das tschechische Schulwesen an der Entwicklung gehemmt und gehindert worden ist, veranlaßt haben, uns auf den Standpunkt der nationalen Autonomie zu stellen.

Herr Prof. Hilgenreiner — diese eine Tatsache möchte ich noch anführen — hat von einem Zusammenhang zwischen Verbrechen und Religion gesprochen, was wir auf

das entschiedenste, als den Tatsachen nicht entsprechend zurückweisen müssen. Die Religion war nicht imstande, die Menschen von Verbrechen abzuhalten. Es ist ganz klar, daß die Auffassung der Religion mit der Auffassung der Aufgaben der Gesellschaft sich geändert hat. Als aus dem Polizeistaat der Rechtsstaat geworden ist, hat auch die Beziehung jener Faktoren zu diesem Staate sich geändert, die man als Hilfsfaktoren zur Erhaltung der Staatsautorität angesehen hat, also der Religion in erster Linie. Und wenn Sie in diesem Zusammenhang gesagt haben, daß die Sozialdemokratie die Schule für ihre Parteizwecke gebrauchen oder mißbrauchen wolle, so sage ich Ihnen, daß wir von unserem Standpunkt als Sozialdemokraten wirklich die Politik nicht in der Schule haben wollen, daß wir aber überzeugt sind, daß die großen Ideen der menschlichen Solidarität, daß der große Gedanke des Sozialismus der fruchtbarste Gedanke ist für Staat und Gesellschaft und daher auch für die Erziehung der Jugend.

Zum Schluß erklärt der Redner: Wir werden gegen dieses Gesetz stimmen, weil es nichts anderes ist als ein Produkt derselben Lüge, auf der die Politik dieses Staates aufgebaut ist. Es ist ein Produkt der Koalition, bei der die stärkeren Faktoren eben nicht die Sozialisten waren. Wenn die Regierung den Mut gehabt hätte, den Koalitionsparteien die Stellung zu diesem Gesetze freizugeben, so hätte die Koalition diese moralische Belastungsprobe nicht ausgehalten, denn alle Redner außer den Klerikalen, haben eigentlich gegen das Gesetz gesprochen. Wäre nicht der Zwang der Koalitionspflicht gewesen, dann wäre die Abstimmung über das kleine Schulgesetz das Damaskus der Koalition geworden. (Starker Beifall.)

Sozialdemokratische und unabhängige Arbeitsgemeinschaft?

Berlin, 14. Juli (Eigenbericht). In den beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages neigt man immer mehr der Auffassung zu, daß aus dem augenblicklichen Zusammengehen der beiden Parteien zu einem bestimmten Zwecke eine dauernde Zusammenarbeit sich entwickeln müsse. Die Fraktionsleitung der sozialdemokratischen Partei ist nun mit dem Vorschlag an die USPD. herangetreten, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, die sich besondert in der Gemeinschaft bei der Beschlußfassung der beiden Fraktionsvorsände äußern soll.

Die Ergebnisse der Volkszählung in Böhmen.*)

Die Nationen.

Das statistische Staatsamt veröffentlicht soeben die Ergebnisse der Volkszählung in Böhmen vom Jahre 1921. Danach hat das Land insgesamt 6.670.578 Einwohner gegen 6.781.963 im Jahre 1910. Die Bevölkerungsabnahme beträgt also 111.385. Von den Bewohnern bekennen sich 4.382.803 (1910 4.244.075) zur tschechischen, 2.173.230 (1910 2.417.930) zur deutschen Nationalität. Die Tschechen haben also in Böhmen um 138.728 Bewohner zugenommen, die Deutschen um 304.700 abgenommen. Von Tausend Einwohnern bekennen sich zur tschechischen Nationalität 66,4 (1910 63,1), zur deutschen 33,4 (1910 36,8). Zum erstenmal wurde auch die jüdische Nationalität gezählt, zu welcher sich in Böhmen 11.251 Personen bekennen. Interessant ist, daß die Statistik der Konfessionen 79.777 Israeliten ausweist, woraus hervorgeht, daß sich nur 14 Prozent der Israeliten zur jüdischen Nationalität bekennen haben. Die Abnahme der Deutschen erstreckt sich sowohl auf das Siedlungsgebiet, das in seiner Mehrheit tschechisch ist, als auch auf das deutsche Siedlungsgebiet. Wenn wir die Bezirke von mehr als 80 Prozent Tschechen mit 1, die von 50 bis 80 Prozent mit 2, die von 20 bis 50 Prozent mit 3 und die unter 20 Prozent Tschechen mit 4 bezeichnen, so waren in der Gruppe 1 1921 99.321 Deutsche (1910 137.470) Gruppe 2 71.046 (1910 81.549) Gruppe 3 330.836 (1910 401.262), Gruppe 4 1.672.027 (1910 1.857.549). In Prozenten beträgt die Abnahme der Deutschen 12,3 von Hundert, die Zunahme der Tschechen 3,3 von Hundert. Die Tschechen haben in allen Gruppen mit Ausnahme einer zugenommen. Abgenommen haben sie bloß in der Gruppe 2 (Bezirk von 50 bis 80 Prozent Tschechen) u. zw. von 148.790 im Jahre 1910 auf 144.049 im Jahre 1921. Das sind die dem deutschen Sprachgebiet angrenzenden tschechischen Gebiete, aus denen wohl die größte Abwanderung ins deutsche Gebiet erfolgt. Vergleicht man diese Ziffern mit denen der Wahlen ins Abgeordnetenhause, im Jahre 1920, so gelangt man zu folgendem Resultat. Bei der Volkszählung haben sich 66,6 Prozent der Bevölkerung zur tschechischen, 33,1 Prozent zur deutschen Bevölkerung bekandt, bei den Wahlen jedoch nur 65,6 Prozent zur tschechischen und 34 Prozent zur deutschen. Die geheimen Wahlen haben es also bewirkt, daß

* Das statistische Staatsamt hat am Donnerstag einigen Blättern die Ergebnisse der Volkszählung in Böhmen nach Nationalitäten und Konfessionen zugeföhrt. Die Auswahl der Blätter scheint sich das statistische Staatsamt vorbehalten zu haben. Es wäre Pflicht des Preßbüros des Ministerpräsidenten, das statistische Staatsamt darauf aufmerksam zu machen, daß die Ergebnisse der Arbeiten dieses Amtes alle Bevölkerungsgeschichten interessieren, und daß daher allen Blättern ohne Unterschied der Partei die Berichte des statistischen Staatsamtes gleichzeitig zuzusenden sind.

sich 0,9 Prozent Deutsche, das sind 26.432 Wähler oder auf die Einwohnerzahl berechnet 59.191 Bewohner mehr als Deutsche bekannt. Dies ist ungeföhrt der Schaden, welcher dem Deutschtum zahlenmäßig durch die Art, wie die Volkszählungen durchgeführt wurden, zugefügt worden ist.

Die Konfessionen.

Nicht uninteressant ist auch das Ergebnis der konfessionellen Zählung. Es haben sich bekandt: zur römisch-katholischen Kirche 1921 5.216.169 Personen (1910 6.489.818), zur evangelischen 246.114 (1910 167.972), zur tschechoslowakischen Kirche 437.377 (1910 existierte dieselbe noch nicht), Israelliten 79.777 (1910 85.927), andere Konfessionen 33.065 und Konfessionslose 658.076 (1910 wurden andere Konfessionen und Konfessionslose nur 29.246 gezählt). Es ergibt sich also ein Verlust der Katholiken um etwa 1.273.000, ein Zuwachs der Evangelischen um etwa 70.000, ein Verlust der Juden um etwa 6000 und eine Zunahme der Konfessionslosen und anderen Religionen um 662.000, welcher Zuwachs vor allem auf die Konfessionslosen zurückzuführen ist. Von Tausend Einwohnern waren 1921 Katholiken 78,2 (1910 95,9), evangelisch 36,9 (1910 26,1) tschechoslowakisch 65,6, Israelliten 11,9, (1910 12,7) andere Konfessionen 4,9, Konfessionslose 38,7 (1910 4,3). Hervorzuheben ist, daß der Katholizismus in den deutschen Gebieten viel stärker ist, als in den tschechischen und daß es in den tschechischen Gebieten in e h r K o n f e s s i o n s l o s e g i b t als in den deutschen. In den überwiegend tschechischen Gebieten sind von Tausend Einwohnern 719, Katholiken, in den überwiegend deutschen 859, Konfessionslose in den tschechischen 128, in der deutschen 44.

Die Folgen des Krieges.

Die Folgen des Krieges prägen sich in der allgemeinen Bevölkerungsabnahme Böhmens um 111.385 Einwohner aus. 1921 entfielen auf ein Quadratkilometer 128, 1910 130 Einwohner, die Einwohnerzahl hat um zwei per Quadratkilometer abgenommen. Auch da ist der Verlust auf deutscher Seite größer. Die überwiegend tschechischen Bezirke nahmen von 1910 auf 1921 von 4.297.328 auf 4.291.506, also um 6.000 Einwohner ab. Die überwiegend deutschen Bezirke jedoch von 2.484.635 auf 2.379.072, also um etwa 105.000 Einwohner ab. Das deutsche Gebiet hat um sechs Einwohner per Quadratkilometer abgenommen. Diejenigen also, die das deutsche Volk für den Krieg begeisterten und seine Männer in den Tod trieben, sind in erster Linie schuld an den für das deutsche Volk schlechten Ergebnissen der Volkszählung. Die Anzahl der Männer betrug 1921 3.207.632 (1910 3.313.894), hat also um mehr als 100.000 abgenommen. Dagegen ist die Anzahl der Frauen fast gleich geblieben 1921: 3.462.946 (1910 3.468.069). 1910 hat es um 154.175, 1921 jedoch um 255.314 mehr Frauen als Männer gegeben. Auf 1000 Männer entfielen 910 1046, 1921 1080 Frauen.

Inland.

Also, das ist der Unterschied! Der geistigste Kommunist in der Tschechoslowakei (deutsche Abteilung), Karl Kreibich, hat, aus Rußland glücklich zurückgekehrt, in einer Versammlung in Rappersdorf bei Reichenberg, nach einem Bericht im „Vorwärts“, die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands geschildert und kennzeichnete das Kompromiß zwischen der Sowjetrepublik und den Kapitalisten als einen Waffenstillstand zwischen zwei kämpfenden Heeren. Die westeuropäischen Sozialdemokraten haben aber mit dem Kapitalismus einen Waffenstillstand abgeschlossen, bevor sie überhaupt den Kampf begannen. — Also hier ein Kompromiß, dort ein Kompromiß, meint Karl der Kühne. Danach wäre also der Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nicht gerade bedeutend. Da aber die westeuropäischen Sozialdemokraten nirgendwo die Staatsmacht souverän ausüben, wie die Kommunisten in Rußland, ist das nicht einmal wahr. Die Sozialdemokraten haben nie und nirgendwo mit den Kapitalisten einen Waffenstillstand abgeschlossen, das blieb nur den Kommunisten am Ende ihrer grandiosen Niederlage, nach der verlorenen Schlacht in Rußland vorbehalten. Wie nennt man aber Feldherren, die Völker durch ein Meer von Blut und Tränen, durch Chaos und Hungerkatastrophe zu einer Niederlage, vorläufig in einen Waffenstillstand eingeschlossen, führen? Die Antwort ist in zahllosen Nummern des „Vorwärts“ nachzulesen.

Die kleine Schulgebäude im Senate zeigte eine wahrhaft rührende Einigkeit aller bürgerlichen Parteien beider nationaler Lager. Der Religionsunterricht ist als Pflichtgegenstand erhalten geblieben. In den Dörfern werden göttliche und irdische Autorität dafür sorgen, daß bei Gefahr zeitlicher und ewiger Strafen kein Vater es wagen wird, für seine Kinder auf den Religionsunterricht zu verzichten. Und triumphierend werden die Schwarzen den Sieg ihrer hohen Ideen verkünden und ihn zum Argument der Vereinerung ihrer Herrschaft machen. Es wäre undankbar von den Merkmalen, wenn sie das Verdienst des Professor Mares aufrechtzuerhalten, der die „philosophischen“ Argumente für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Religionsunterrichtes lieferte und vor der Einführung des bekennnisfreien Moralunterrichtes warnte. Er fand den leidenschaftlichen Beifall der Merkmalen beider Nationen. Der Professor Hilgenreiner fand, daß der bescheidene Gehalt aus dem „schweren inneren Ringen“ zu einem „edlen und großen Siege“ gelangt sei. Aber auch die anderen Deutschbürgerlichen vergaßen, daß Mares schon zum Frühstück ein Duzend Deutsche verzehre, sie verziehen ihm, daß sein Deutschentum von keiner Sentimentalität angekränkt sei, daß er nicht einmal die bei Kulturmenschen übliche gesellschaftliche Milderung erfährt. Denn er hatte ja den Beweis erbracht, daß die politischen Erfolge des Schlauesen der Schlauen, des Monignore Stramel, der höchsten Weisheit im Weltplane, wie sie Mares erkennt, entsprechen. Sogar die sonst mehr für Kunstdünger als Philosophie eingekommenen deutschen Agrarier waren ergriffen, daß ihnen gezeigt wurde, daß die Erhaltung der Religion, durch die Mäde und Anechte in Denuit, Bescheidenheit und Bedürfnislosigkeit erhalten werden, just dasjenige ist, was einer nationaldemokratischen und philosophischen Persönlichkeit entspricht. Als dann der zauberwollige Professor Hilgenreiner sprach, da erwartete man allgemein, daß er von der Rednertribüne den Professor Mares zum Ehrenmitglied der deutschen christlichsozialen Partei ernennen werde. Dies Wunder, wiewohl es beinahe ein natürliches Wunder gewesen wäre, traf zwar nicht ein. Aber andere Wunder tat Gott in dieser erhebenden Stunde. Wie er einstmal den Mund von Bileams geschlagener Gelein zu menschlicher Sprache geöffnet hatte, so öffnete er den Mund slowakisch-merkmaler Senatoren zu weisen Reden für die Ueberlegenheit des Alphabets über die Errungenheiten von Natur- und Menschenkenntnis. Und nun war es ergreifend, alle Bürgerlichen, die tschechischen und die deutschen, die agrarischen und die nationalen, einander in den Armen zu sehen in der Ueberzeugung und in dem Entschlusse, daß die Erhaltung der Unwissenheit, der Ausbeutung, der sozialen Abhängigkeit mehr als eine Messe wert sei. Bei ihrer Zelebrierung traten Mares, Hilgenreiner, Mehl und Kowal in Funktion und nur die verruchten deutschen Sozialdemokraten verblieben in ihrer unverbesserlichen Sündhaftigkeit, für die ihnen auch der christliche und milde Hilgenreiner keine Absolution erteilen kann und erteilen wird.

Wie kommen wir der deutschen Revolution zu Hilfe? fragte pathetisch Kreibich in der Rappersdorfer Versammlung. Und die Antwort lautete: „Der Ausbruch der Revolution in Deutschland muß das Signal für die Proletarier aller Nationen der Tschechoslowakei sein, sich noch enger zusammenzuschließen in unserem Lande. Diese Aufgabe kann nur gelöst werden durch eine revolutionäre Organisation, und das ist die R.P.C.“ — Mit dem ersten Satze sind wir durchaus einverstanden. Daß Kreibich aber auf seine bedeutungsvolle Frage eigentlich nur die Antwort fand, durch den Beitritt zur kommunistischen Partei, lämen wir der deutschen Revolution zu Hilfe, ist doch eine zu papierene und gar nicht „revolutionäre“ Parole. Das ist ja noch viel weniger als eine der Resolutionen, über die sich früher Kreibich,

als er noch übermütig war, so oft lustig machte. — Es will Abend werden.

Die Stützpunkt-Anechte röhren sich wieder. Die letzten Kampagne der Mörderbanden in Deutschland sind bei uns die deutschgelben Saboteure. Im „Tag“ versuchen sie es nun wiederholt die Mathenau-Mörder in eine Linie mit Genossen Dr. Fritz Adler zu bringen. Die Kerle, die zum Kriege gehen haben, ihn dadurch mitverschuldeten, die fünf Jahre lang das Durchhalten predigten, können es noch immer nicht verwinden, daß ihr großer Protektor, Graf Stürgg, mitten in der Kriegsverweigerung des Volkes ein Opfer seiner verbrecherischen Politik wurde. Alle ehemaligen österreichischen Soldaten, die Kriegsinvaliden, die Witwen und Waisen, die erleichtert aufatmeten, als in der tiefsten Not und Erbitterung ein Mann fiel, an dessen Händen das Blut von Millionen lebte, haben wohl nur tiefste Verachtung für jene politischen Ehrenmänner, die es nun wagen, noch einmal ihren Dank an den Menschenschlichter in der Form von Verleumdungen gegen die aufrechten Kämpfer für den Frieden abzugeben.

Wegen Uneinigkeit keine Niederlegung der deutschen Gemeindevertretungs-Mandate. In der Parteileitungssitzung der deutschen Nationalpartei am 8. Juli in Eger wurde auch ein Bericht des parlamentarischen Klubs über die Beschlüsse in Angelegenheit der Verschiebung der Gemeindevahlen zur Kenntnis genommen. Diesem Bericht ist zu entnehmen, daß ein gemeinsames Vorgehen der deutschen Parteien auf Grundlage der Niederlegung der Gemeindevertretungs-Mandate nicht zu erzielen war, weshalb der Klub der Deutschen Nationalpartei die Reichsparteileitung dahin verständigt hat, daß auch die Gemeindevertretungsmitglieder der Deutschen Nationalpartei ihre Mandate beizubehalten haben, da es selbstverständlich keinen Zweck hätte, wenn eine einzelne Partei den Versuch zur Erzwingung der Gemeindevahlen durch Niederlegung der Mandate ohne Unterstützung der übrigen Parteien unternähme. Der Bericht wurde mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. — Dieser Bericht stammt wirklich aus dem national-sozialistischen „Tag“. Wir halten ihn fest für kommende Tage. Die Mandate wollte also nur die Deutsche Nationalpartei zurücklegen, die anderen Parteien des deutschen parlamentarischen Verbandes wollten davon auch nichts wissen. Was deshalb zu bemerken ist, weil sonst später einmal eine dumme Wahlfrage gegen die deutsche Sozialdemokratie in dieser Frage fabriziert werden könnte.

Ausland.

Zulirats-Moratorium-Anleihe.

Die Reparationskommission hat der deutschen Regierung auf das Memorandum, in dem ein Moratorium verlangt wird, geantwortet, daß Deutschland die Reparationsrate von 32 Millionen Goldmark am 15. Juli zu zahlen habe. Eine eingehendere Antwort wird erteilt werden, sobald der Bericht des Garantieauschusses vorliegt, wahrscheinlich bis zum 15. August. Inzwischen scheinen die Fragen des großen Moratoriums, sowie die der Anleihe auch von den Franzosen erwogen zu werden. Die französischen Blätter schreiben, daß das Moratorium erteilt werden wird, wenn Deutschland den Zahlungen auf Reparationskonto eine Priorität vor seinen inneren Zahlungen zugestehet, und wenn man die Sicherheit erlangen wird, daß die finanziellen Reformen durchgeführt werden. Verbunden mit dem Moratorium müsse eine wirkungsvolle Kontrolle der deutschen Finanzen sein. Außerdem könnte Frankreich in eine Diskussion über die Ermäßigung der deutschen Forderungen eintreten, wenn England seine Forderungen an Frankreich gleichzeitig herabsetzt.

Protest russischer Arbeiter gegen Todesurteile.

Am 5. Juli hat der Petrograder Revolutionäre Gerichtshof im Prozeß der 86 Mitglieder der Räte der Petrograder Kirchengemeinden das Urteil gefällt. Elf Angeklagte, darunter der Metropolit von Petrograd, Benjamin, der Bischof von Kronstadt, Benedikt, der Archimandrit Sergius und die Professoren Nowitsch und Ognew wurden zur Höchststrafe, d. h. zum Tode durch Erschießen, 53 andere Angeklagte zu Gefängnisstrafen von verschiedener Dauer verurteilt, während 22 Angeklagte freigesprochen wurden. Im Zusammenhang mit den gegen den Petrograder Metropolit Benjamin und zehn anderen Vertretern der Kirchengemeinden gefällten Todesurteilen, wurden am 8. Juli in Petrograd, in Kronstadt und in anderen Städten der nördlichen Kommune die Arbeiten in den Fabriken und in staatlichen und privaten Unternehmungen unterbrochen. Ueberall fanden Arbeiterversammlungen statt, in denen Resolutionen angenommen wurden, die die Aufhebung des Todesurteils verlangten. Die Kommunisten fehlen in den Versammlungen, die Erbitterung der Arbeiter befürchtend. Unter den Matrosen der baltischen Flotte rief das Urteil eine starke Gärung hervor. Aus Dranienbaum ist nach Kronstadt ein Bataillon „zur besonderen Verwendung“ übergeführt worden. Am Samstag waren in Petrograd alle Markthallen geschlossen. Die Straßenbahnangeestellten arbeiteten nur dem Zwange folgend. In Moskau erfuhr die Bevölkerung das Urteil erst am Samstag Abend. Am 8. Juli abends berief der Vorsitzende der Allrussischen Kirchenverwaltung, Bischof Antonin, eine außerordentliche Sitzung der Kirchenvorwaltung, zur Beratung der durch das Todesurteil gegen den Metropolit Benjamin und andere geschaffenen Lage ein.

Telegramme.

Ein Attentat auf den Präsidenten von Frankreich.

Paris, 14. Juli. (Tsch. P.-B.) Heute mittags feuerte ein im Publikum verborgener Mann bei der Rückkehr des französischen Präsidenten Millerand aus Longchamp, an der Ecke der „Avenue Marigny“ und der Champs Elyses zwei Schüsse aus einem Revolver in der Richtung auf das Automobil der Polizeipräsidenten, das vor dem Wagen des Präsidenten der Republik fuhr. Die Polizisten und die Menge stürzten sich auf den Attentäter, der verhaftet wurde. Der Angreifer, der wohl den ersten Wagen für den des Präsidenten gehalten hatte, erklärte auf dem Polizeikommissariat, daß er Gustave Douvet heiße, auch Juvenis genannt, 20 Jahre alt sei, und nur deshalb geschossen habe, um die Aufmerksamkeit des Publikums auf die Stellung des Proletariats zu lenken. Douvet ist ein bekannter Anarchist und war Sekretär der kommunistischen Jugend. Durch die Schüsse wurde niemand verletzt.

Zunahme der Teuerung in Wien in einem Monat — um 41 Prozent.

Wien, 14. Juli (Eigenbericht). In der heute beim Ministerium für soziale Verwaltung stattgefundenen Sitzung der Kommission zur Feststellung der Verteuerung der Lebenshaltung wurde konstatiert, daß die Teuerung vom 15. Juni zum 14. Juli neuerlich um 41 Prozent zugenommen habe. Dementsprechend wurde der Index mit 41 Prozent festgesetzt und es werden auch die Beamtgehälter im nächsten Monat dementsprechend erhöht werden.

Die Wiener Christlichsozialen für das Schulgebet.

Wien, 14. Juli (Eigenbericht). Die Christlichsozialen haben heute im Gemeindevand eine dringliche Interpellation eingebracht wegen des Beschlusses des Wiener Stadtschulrates, wonach das Schulgebet in den öffentlichen Schulen sofort aufgehoben wird.

Abnahme der Arbeitslosigkeit in Oesterreich.

Wien, 14. Juli (Eigenbericht). Amtlich wird mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitslosen in Oesterreich wesentlich abgenommen habe. Ende Mai standen 38.568 Arbeitslose in Unterstützung, Ende Juni waren es 33.771. Davon sind 26.678 in Wien.

Attentat auf einen Schnellzug am Semmering.

Wien, 14. Juli. (Eigenbericht.) Auf dem Semmering ist heute nachts ein Schnellzug entgleist. Die Ursache war, daß unmittelbar vor der Einfahrt in die Station Spital mehrere Eisenbahnschwellen quer über die Schienen gelegt waren. Es ist niemand verletzt worden. Die Gendarmerie verfolgt einige Spuren, aber es ist nicht bekannt, wer die Tat begangen hat.

Das Gesetz über die Notenbank in Oesterreich angenommen.

Wien, 14. Juli (Eigenbericht). Der Nationalrat hat heute in zweiter Lesung das Gesetz über die Notenbank angenommen, wobei die sozialdemokratischen Abänderungsanträge abgelehnt wurden. Der Finanzminister hat sich vor der Abstimmung noch gegen die von sozialdemokratischer Seite gegen ihn erhobenen Angriffe, daß er den Banken zu viele Konzessionen gemacht habe, verteidigen zu müssen geäußert. Die dritte Lesung wird erst vorgenommen werden, bis alle Vorlagen des Finanzplanes angenommen sind.

Ende der Haager Konferenz.

London, 13. Juli. In Erwiderung einer Anfrage sagte Lloyd George im Unterhaus: Ein offizieller Bericht über den endgültigen Zusammenbruch der Haager Konferenz liegt noch nicht vor. Auf jeden Fall sei es Tatsache, daß man auf einem solchen Punkte angekommen sei. Er hoffe, vor den Ferien eine Erklärung über die Haager Konferenz abzugeben.

Die Bandenaktivität auf dem Balkan.

Belgrad, 13. Juli. Ministerpräsident Pasic und Außenminister Rincic empfangen vormittags die Gesandten Rumaniens und Griechenlands, die ihnen den Standpunkt ihrer Regierungen zur bulgarischen Bandenaktion darlegten. Abends trat ein Ministerrat zusammen, um über die an Bulgarien zu richtende gemeinsame Note Beschlüsse zu fassen.

Der Bürgerkrieg in Irland.

London, 14. Juli. Aus Dublin wird gemeldet: Collins ist zum Oberbefehlshaber der irischen Armee gewählt worden. Zum Verteidigungsminister wurde Owen O'Shly ernannt. Eine Proklamation der Regierung besagt, daß sie fest geschlossen sei, die Autorität des Volkes sicherzustellen und in jeder Grafschaft die volle Sicherheit des einzelnen und den ungehinderten Gang des Wirtschaftslebens zu gewährleisten.

Belgrad, 14. Juli. Da die Unterhandlungen über die Ernennung des Ministers des Innern noch nicht als abgeschlossen zu betrachten waren,

hat die Nachricht, von der Demission des Kabinetts Pasic in demokratischen Kreisen große Ueberraschung hervorgerufen. Sollte der Ministerpräsident tatsächlich auf dem Rücktritt beharren, dann dürfte sich die Lösung der Krise in die Länge ziehen, da sich eine neue Gruppierung der Regierungskoalition als notwendig erweisen würde. Möglicherweise wird die Krise dazu beitragen, daß Renault in einem früheren Zeitpunkt vorgenommen werden, als dies bisher beabsichtigt war.

Kabinettskrise in Belgrad.

Belgrad, 13. Juli. Nachdem die Radikalen, die von den Demokraten aufgestellte Kandidatur Pasic für das Portefeuille des Innern abgelehnt hatten, die Demokraten abtropdem darauf beharrten, beschloß das Kabinet Pasic abends, dem Könige die Demission zu überreichen. In parlamentarischen Kreisen hält man dafür, daß eine gütliche Lösung der Krise durch das Verbleiben Pasic im Amte gefunden werden wird, zumal morgen die Budgetdebatte beendet werden sollte und die Anleihevorgabe bereits vom Finanzausschuß genehmigt wurde.

Tages-Neuigkeiten.

Urlaub.

Nun hatten sie beide Ferien. Sie hatten ihren Urlaub so gelegt, daß sie beide zu gleicher Zeit ihre freien Tage hatten. Für ihre junge Ehe sollte dieser erste Urlaub ein Fest werden. Monatlang hatten sie Pläne geschmiedet. Ihre Häuslichkeit in der menschenunwürdigen Notwohnung war auch zu häßlich. Auf dem Hofe zwischen den bröckelnden Mauern alter verfallener Mietkasernen hausten sie. Nun sollte es ein Fest werden, für eine kurze Woche hinauszukommen aus dieser Unwirtlichkeit. Zerstört hinaus ins Grüne, in die ländliche Ruhe, in frische Luft! Sie machten ja so ganz und gar keine Ansprüche. Mit dem Einfachsten wollten sie zufrieden sein.

Emig hatte die junge Frau Tag für Tag die Annoncen der Zeitungen gelesen. Wo ihr irgendetwas passend erschien, hatte sie hingeschrieben. Das hatte eine Menge Porto gekostet. Und immer wieder war der Bescheid unbefriedigend gewesen. Ihr Geldbeutel konnte die Miete, die im kleinsten Dorf gefordert wurde, nicht erschwingen. Und sie hatten doch beide das ganze Jahr hindurch geschuftet und gespart! Aber die Forderungen der Zimmervermieter waren ungeheuer geworden. Wenn sich nur eine bescheidene Kochgelegenheit fand, wollten sie gut und gern damit zufrieden sein. Aber die einen wollten nur das Zimmer hergeben, die anderen sich nur zu einem Übermieten verstehen, wenn die Sommergäste sich ganz in Pension geben würden. Und das waren Riesensummen, die da gefordert wurden. Je näher nun der Urlaub heranrückte, desto leiser wurden sie. Für sie schien kein Ferienort zu blühen, keine Erholung sich zu ermöglichen.

Finsternis starrte der Mann durch die Scheiben; seine Finger trommelten nervös auf dem Glas. Die junge Frau aber sah in der Sofaecke und hielt das Taschentuch vor die Augen, aus denen ihr lautlos große, heiße Tränen rannen...

Ueber die Verfolgung der Mathenau-Mörder

Schreibt die Berliner „Freiheit“: „Bei den Fahndungen nach den beiden Mördern (Hermann Fischer und Erwin Kern) stieß die Polizei auf wesentliche Schwierigkeiten. So sind die herausgegebenen amtlichen Bekanntmachungen mit der genauen Beschreibung der Täter in verschiedenen Ortschaften jener Gegend trotz mehrmaliger Anforderung bisher noch nicht veröffentlicht worden. Es stellte sich heraus, daß die Polizei von der Bevölkerung abfichtlich irregeleitet worden war, indem man sie auf eine falsche Spur verwies. — Die Verfolgten gehen sehr vorsichtig vor. An den Stellen, wo sie bekannt sind, sprechen sie unter ihrem eigenen Namen vor, an anderen, an die sie durch Bekannte weiter gewiesen werden, unter falschem Namen. In Wismar kennt Kern die Familie des Kaufmannes Otto, mit dessen Sohn er im Krieg bekanntgeworden ist. Bei ihm klopfte er morgens um vier Uhr ans Fenster und bat ihn um ein Unterkommen für sich und seinen Begleiter. Das Unterkommen wurde abgelehnt, dagegen wurde eine Flasche Wein mit Brötchen gewährt. Dann sprachen die Flüchtigen in Restloster bei dem Seminaristen Karl Bauer, einem früheren Kriegsfreiwilligen, vor, und bekamen auch hier noch etwas zu essen, weil sie noch Hunger hatten. Schon nach fünf Minuten gingen sie weiter nach Neu-Rallies, wo Bauer sie an einen ihm bekannten früheren Oberleutnant zur See Wiese empfohlen hatte. Hier traten sie als Studenten aus Rostock auf. Der Oberleutnant wies sie in Lengen an einen Oberpostsekretär a. D., dem sie sich als Rostocker Studenten Funke und Köster vorstellten. Ihn fragten die vermeintlichen Studenten, ob sie nicht auch die Nacht über bleiben könnten. Er lehnte ab, und wies seine Gäste an den Gasthof zur Sonne. — Von denjenigen Personen, die ihnen bisher Obdach und Unterstützung gemährt haben, ist eine ganze Anzahl bereits festgenommen worden und steht schwerer Bestrafung entgegen. — Unter diesen Umständen ist es leicht verständlich, daß die beiden Mörder aus ihrer Umzingelung bei Garbelegen entkommen konnten. Für die Berliner Polizei beginnt die Arbeit von neuem; bei der großen Unterstützung, welche die Mörder überall erhalten, ist ihre Ergreifung wieder in weite Ferne gerückt.“

Genosse Hillebrand im Reichenberger Gebiet. In den letzten Tagen haben im Reichenberger Gebiet eine Reihe von Versammlungen stattgefunden, in denen Genosse Hillebrand zur Tagesordnung „Sozialdemokratie und Bolschewismus“ referierte. Schon die Tatsache, daß diese Versammlungen überhaupt stattfinden konnten, ist ein Beweis dafür, daß die bolschewistische Bewegung auch dort, wo in unserem Lande ihr Heimatboden ist, ihren Höhepunkt längst überschritten hat und daß jener Teil der Arbeiterschaft, der ihr nicht verfiel, mit erneutem Mut daran geht, trotz aller Schwierigkeiten und allen Terrors sich zu sammeln und den verwüstenden Wirkungen der kommunistischen Propaganda entgegenzutreten. Montag, den 10. d. M., sollte in Riemes eine Versammlung stattfinden, die indes unterbleiben mußte. Infolge eines Mißverständnisses war die Versammlung erst für den folgenden Tag einberufen worden, an welchem aber Genosse Hillebrand in Friedland zu referieren hatte. Abgeordneter Genosse Hillebrand wird in der nächsten Zeit in Riemes sprechen. In Friedland gaben die Kommunisten die Parole aus, die Versammlung zu boykottieren. Trotzdem aber waren vereinzelt ihrer Anhänger anwesend und ein Kommunist namens Rager unternahm es auch, dem Genossen Hillebrand rednerisch entgegenzutreten. Auch ein Deutschgelber ergriff das Wort, sodaß sich die Versammlung bis halb ein Uhr nachts hinzog. Mittwoch, den 12. d. M., fand eine Versammlung in Heinersdorf bei Friedland statt, die außerordentlich stark besucht war. Die Kommunisten hatten ihre Anhänger aus der weiten Umgebung zusammengezogen und stellten auch drei Redner: Dr. Winteritz aus Reichenberg, Sekretär Legler aus Friedland und den Neustädter Kommunisten Boretisch, die in wiederholten Reden versuchten, den Eindruck des Referates des Genossen Hillebrand abzuschwächen. Als in seinem Schlusswort Genosse Hillebrand den drei Kommunisten die entsprechende Antwort gab, versuchten sie durch Loben und Schreien den Schluss der Versammlung zu erzwingen. Das ist ihnen nicht gelungen. Einen geradezu prächtigen Verlauf nahm die Versammlung am Donnerstag in Görsdorf bei Grottau. Auch hier hatten die Kommunisten alle verfügbaren Kräfte aufgebaut und aus der Umgebung Verstärkung herangezogen. Die weitgehendste Redefreiheit, die ihnen gewährt wurde, haben sie weidlich ausgenutzt und auch hier drei Redner ins Treffen geschickt, darunter den Sekretär Knecht aus Kragau. Während des Schlusswortes des Genossen Hillebrand, das sie sehr schmerzhaft empfanden, begannen auch hier die Kommunisten einen wüsten Lärm. Als der Vorsitzende Genosse Seidl, der die Versammlung mit großem Geschick leitete, den Einschüchterungsversuchen widerstand, verließen die Kommunisten korporativ den Saal, worauf Genosse Hillebrand das Schlusswort ungestört vollenden konnte. Der Eindruck dieser Versammlung wird bei allen Teilnehmern sicher ein nachhaltiger sein. Alles in allem war der Verlauf dieser Versammlungen ein solcher, daß man in hohem Maße befriedigt sein kann.

Kampfmethoden der Deutschgelben. Die gelben Hordenkreuzer betreiben schon seit längerer Zeit eine wüste Hegerel gegen die freien Gewerkschaftsorganisationen. Mut zu dieser Handlungsweise erlangten sie erst, nachdem die Kommunisten mit ihrer Verleumdungstaktik der Ge-

werkschaftsführer die Arbeiterschaft zum Teil um das Vertrauen zu ihren Organisationen gebracht hatten. Diese Zerrüttung innerhalb der Arbeiterschaft nützen nun diese gelben Brüder aus, um für die sogenannten (von früher bestbekanntem) nationalsozialistischen Ausgewerkschaften zu werben. Wie bereits vor dem Zusammenbruch abgewiesenen gelben Gewerkschaftsführer treten nun auf den Plan, um die Arbeiterschaft, zum Nutzen der Kapitalisten noch mehr zu zerkleinern und so launpfähig zu machen. Diese Herrschaften wollten nun am 2. Juli in Dux eine Bergarbeiterkonferenz der deutschen Bergarbeiter abhalten und luden zu diesem Zwecke die deutschen Bergarbeiter mittels Plakaten und Zeitungsartikeln, wochenlang vor dem oben angeführten Datum, ein. Wie groß war aber ihr Schreck, als sie mit ihren Referenzen in das Versammlungslokal kamen und dasselbe von den deutschen Bergarbeitern, die an dieser Konferenz teilnehmen wollten, besetzt fanden. Wie groß ihr Mut und ihre Tapferkeit war, bewiesen sie sofort, als die deutschen Bergarbeiter, die doch von ihnen zu dieser Konferenz öffentlich geladen waren, die Wahl eines Vorsitzenden und eines Schriftführers verlangten. Mit allen möglichen Ausflüchten und unter Verhufung auf das Versammlungsrecht der Einberufer, wurde gearbeitet, um die deutschen Bergarbeiter eines anderen zu bekehren. Nachdem aber alles vergebens war, verlangten sie unbeschränkte Redezeit für ihren Referenten und beschränkte Redezeit in der Debatte. Die Herren, die die Konferenz für acht Uhr vormittags einberufen hatten, um halb elf Uhr aber erst erschienen, dachten wahrscheinlich die Konferenz solange mit ihren Reden zu langweilen, bis die unangenehmen Besucher das Lokal verlassen. Nachdem dies keine Spiel jedoch nicht gelang, wählten die deutschen Reden den besseren Teil ihres Mutes und flüchteten unter Beschimpfungen der Bergarbeiter, sowie deren Organisation und der sozialdemokratischen Partei, in ein kleines Lokal, in welchem sie dann mit einigen Schmutzgeräten, neun an der Zahl hinter verschlossener Tür, eine Besprechung abhielten. Ihre Redefreudigkeit konnten sie nicht verbergen, deshalb nahmen sie ihre gewohnte Beistimmung wieder auf und beschimpften in ihren Endblättern die deutschen Bergarbeiter, die sich erlaubten in der Konferenz zu erscheinen. Daß mit Unwahrheiten nicht gespart wurde, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Die Bergarbeiter, die anwesend waren, kennen den ganzen Vorgang und wüßten auch dementsprechend die Artikel der Hordenkreuzer. Am Samstag den 8. Juli ereignete sich aber etwas, was diese Leute erst recht charakterisiert. An diesem Tage wurde ein Genosse in die Kanzlei des Viktorin-Zachates, bei Dux, gerufen. Dort stellte sich ein Substitut als Vertreter der deutschnationalsozialistischen Bergarbeiterorganisation, Sig. Bräu, dem Genossen vor und verlangte von ihm eine Rechtfertigung über sein Verhalten gegenüber einem anderen Bergarbeiter auf demselben Schacht, der für die Gründung eines nationalsozialistischen Bergarbeiterverbandes eintrat. Dieser angebliche Vertreter der nationalsozialistischen Bergarbeiter erlaubte sich unseren Genossen als Judenkecht hinzustellen. Daß dieser Keck nicht sofort die richtige Antwort erhielt, verdankt er nur der Besonnenheit des Genossen selbst. Im übrigen ist dieser Vorgang eine echt gelbe Kampfmethode, einen Arbeiter in die Betriebskassette kommen zu lassen, um ihm in Gegenwart der Betriebsleitung ungestraft zu beschimpfen. So sehen die Vertreter der naziistischen deutschen Reden aus. Die Bergarbeiter werden sich die Provokationen dieser Gesellen merken und zur gegebenen Zeit aufräumen. Die Stützen der Unternehmer glauben, daß nun ihre Zeit gekommen sei, in der sie ihr Weisheiten den Arbeitern wieder aufstischen können.

nen. In diesem Glauben werden sie aber ansanft gestört werden. Dafür werden aber wirklich nur die deutschen Bergarbeiter selbst sorgen.

22 verwaiste Lehrkinder an der Wiener Universität. Durch das enorme Sinken der österreichischen Krone ist die Wiener Universität nicht in der Lage, für die größtenteils durch Ableben der Vorstände verwaisten Lehrkinder — es sind ihrer heute bereits 22 — neue Kräfte zu gewinnen. Die größte Zahl der unbesetzten Lehrkinder — 15 — weist die philosophische Fakultät auf. So trägt hier die Geldverwertung mit dazu bei, daß eine der besten Universitäten Mitteleuropas verkommen muß. Denn bei dem ungeheuren Geldmangel, unter dem diese Universität infolge der schlechten Bewertung der österreichischen Krone leidet, ist es ihr nicht möglich, durch entsprechende Gehalte auswärtigen Lehrern das Leben in Wien erträglich zu machen.

Auch ein Parlamentarier. Eine politisch-parlamentarische Kuriosität ist zweifellos Mr. John Hope, Mitglied der liberalen Koalition im britischen Unterhaus. In den 22 Jahren, in denen er seinen Wahlkreis im Parlament vertritt, hat er auch nicht ein mal das Wort ergriffen. In nicht einmal eine Zwischenbemerkung ist in diesen zweiundzwanzig Jahren dem Hegege seiner Zähne entflohen. „Warum ich nicht das Wort ergriffen habe?“ erklärte er kürzlich, auf eine entsprechende Frage, „einfach aus dem Grunde, weil ich durch mein Schweigen dem Vaterlande und meinen Wählern bessere Dienste leiste als durch die schönste Rede. Als ich in das Haus eintrat, war es freilich nicht meine Absicht, mich des Redens zu enthalten. Aber die Zeit verging, meine Jungferrede blieb immer ungehalten, und so kam es, daß ich schließlich die rechte Zeit verpaßte, bis es zu spät war, das Versäumte nachzuholen.“ Und nun wird der brave Mann, selbst wenn er noch 22 Jahre Abgeordneter bleiben sollte, nicht mehr reden.

Zugzusammenstoß. Preßburg, 14. Juli. Heute um 14 Uhr 25 Minuten ist der Schnellzug 508, welcher aus Budapest über Galanta und Vajce nach Obergberg fährt, in der Station Sala an der Daag infolge falscher Weichenstellung auf den Güterzug Nr. 81, welcher in der Station stand, aufgeschlagen. Der Lokomotivführer des Schnellzuges wurde schwer, drei Eisenbahnbedienstete und eine reisende Frau leicht verletzt. Die Schnellzuglokomotive und 8 leere Waggons des Güterzuges wurden erheblich beschädigt.

Zum Morde bei Jglaun wird amtlich mitgeteilt: Am 10. Juli 1922 um 21 Uhr wurde auf einem Felde beim Walde in der Nähe der Gemeinde Seelenz (Bezirk Deutschbrod) unter einem Hausen Reisig der nackte Leichnam eines ungefähr 25 Jahre alten unbekanntem Mädchens gefunden. Unter der Leiche breitete sich eine ziemlich große Blutlache aus. Die gerichtliche Obduktion wurde am 12. Juli durchgeführt. Dabei wurde auf der linken Vorderseite des Halses eine ungefähr sieben Zentimeter lange Schnittwunde konstatiert, welche die Schlagader verlegt und den Tod bewirkt hat. Es besteht der Verdacht, daß es sich um einen Raubmord handelt. Bei der Obduktion wurden auch die verschiedenen Gerichte berücksichtigt, welche sich sofort nach dem Leichensfund über die Motive des Mordes verbreiteten, und festgestellt, daß sie nicht die geringste Unterlage haben. Grundlos ist insbesondere das Gerücht, daß der Körper der Ermordeten absichtlich vom Blute entleert wurde, denn es wurde bei der Obduktion einerseits Blut noch in der Leiche vorgefunden, andererseits wurde, wie bereits oben erwähnt, eine ziemlich große Blutlache direkt unter der Leiche vorgefunden. Die beunruhigenden Gerüchte entbehren also jedweder Grundlage. Die Behörden haben umfangreiche Nachforschungen nach der Identität der Ermordeten und nach dem Mörder eingeleitet.

Großer Brand bei Jglaun. In der Ortschaft Bonau brach am Samstag ein Brand aus, dem bei dem herrschenden Sturm acht Wirtschaften zum Opfer fielen. Beim Brand ist leider auch ein Menschleben zu beklagen. Es ist dies der 23 Jahre alte landwirtschaftliche Arbeiter Thomas Krejzl. Mit Feuerwehren waren ausgerückt, die sich angeht des herrschenden Sturmes begnügen mußten, den Brand zu lokalisieren. Die Besitzer der abgebrannten Wirtschaften sind durchgehends arme Leute. Der Schaden wird mit einer Million Kronen beziffert. Die Wirtschaften waren nur gering versichert.

Abblüher Unfall. Der Bauer Josef Florian aus Potkan aderte auf einem Felde in der Nähe seines Hauses. Während er das Pferd schen und ein Florian, der sich in das Geschirr verfangen hatte, mit. Bevor man das Pferd zum Stehen bringen konnte, war Florian tot. An einem Steine war ihm der Schädel zertrümmert worden.

Beim Begräbnis der Geliebten angeschossen. In Tschin schloß sich der Fabrikantensohn Mlooslaw Kozojamski aus Königsstadt beim Begräbnis seiner Geliebten Milada Kafe in selbstmörderischer Absicht eine Kugel in die Brust. Er wurde in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Die Tat hat bei den Trauernden des Begräbnisses große Erregung hervorgerufen.

Von einem Schmutzler angeschossen. Ein gewisser Tomantel wollte bei Polnisch-Tscheken acht Kilogramm Saharin über die Grenze schaffen. Als er dabei von einem Finanzkontrolleur betreten wurde, bildete er sich, als ob er das Gepäck öffnen wollte, zog dabei blitzschnell einen Revolver und gab auf den Finanzier zwei Schüsse ab. Der Schmutzler, der sich zur Flucht wandte, wurde eingeholt und dem Gerichte eingeliefert. Der schwerverletzte Finanzier liegt in hoffnungslosem Zustande im Krankenhaus in Polnisch-Tscheken.

Das Unwetter in Nordwestböhmen, das, wie wir berichtet haben, in Marienbad große Verheerungen anrichtete, hat auch die Sazaver Gegend schwer heimgesucht. In Michelsob erfolgte an drei Stellen Blühschlag, doch konnte man die Wände überall rechtzeitig flüchten. Trotz der Verwüstungen aber, die der Wolkenschlag in dieser Gegend anrichtete, überwiegt jedoch hier der Nutzen, den der langersehnte Regen für die Felder brachte.

Kurse der Baluten.

Brager Kurse. Es kosten: 100 holl. Gulden 1758, 100 Mark 0.80, 100 schwed. Franken 882, 100 Rire 108.75, 100 franz. Franken 351, 1 Pfund Sterling 108.75, 1 Dollar 44.55, 100 belg. Franken 348, 100 Pesetas 691.50, 100 Dinar 52.50, 100 österr. Kronen 0.1775, 100 poln. Mark 0.85, 100 ung. Kronen 3.3750.

Berliner Kurse. Berlin 1.11, Wien 0.0175, Prag 11, Holland 202.75, New York 5.22, London 23.16, Paris 42.65, Mailand 23.00, Budapest 0.4850, Agram 1.55, Warschau 0.0050, Wien gest. 0.02.

Kleine Chronik.

Eine Fabrikalanstalt bei Craiova in Rumänien. Vor einigen Tagen ist, wie der „Adecurul“ meldet, die Ziegelfabrik „Pulsovat“ auf dem Weiler Rofeni bei Craiova während eines gewaltigen Regens eingestürzt. Das Regenwasser überschwemmte den Fabrikhof, drang in das Innere des Fabrikbaues ein und brachte das Gebäude zum Zusammensturz. Vor dem Unglück gelang es nur ungefähr der Hälfte der Arbeiter, aus der Fabrik zu entkommen. Ueber dreißig Personen wurden jedoch unter den Trümmern begraben. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig, da man erst dem Wasser, das einen Meter hoch stand, einen Abfluß schaffen mußte. Nach einer amtlichen Meldung wurden aus den Trümmern fünf Tote, zwei Schwer- und sieben Leichtverletzte geborgen. Die Verletzten brachte man in das Krankenhaus nach Craiova.

Der Einsam. (11)

Erzählung von Ludwig Angenruber.

„Ja, daselbst hat'n Leuten rechtchaffen g'fall'n, und weil er bis zum End' geg'n d' Mutter so gut g'wes'n is, hat auch die verwaiste Dirm', die Julian', zu ihm auf'schaut wie zu ein' Heiligen.“

„Wird ihr nit schwer antommen sein,“ jagte die Liesel, „er is ja noch heut a fauberer Mann.“

„Och zu, du Unend! Freilich, da red'st du denen ganz nach'n Maul, die ihm damol aufbracht hab'n, daß er öfter in der Dirm' ihrer Hütte zug'sprochen hätt.“

„No mein, wir sein alle sündige Leut', hätt' der Herrgott lauter Engeln woll'n, hätt' er d' Welt nit erschaffen. Was hat denn der Pfarrer auch in der Hütte g'suchen g'habt? War ihm uns Beten g'west, hätt' er ja bleiben können, wo er daheim war, in der Kirche.“

„Ei, Liesel, laß dir sagen,“ lachte der Wirt, „ein Scheim denkt halt allmal, wie er is.“

„Frag'n mer doch voreh' d'Ahnl, ob der Scheim nit recht hat?“

„Ich kann da nix sagen,“ entgegnete die Alle, „weil ich nix weiß, und man muß auch nit alles sag'n, was mer weiß, aber da wüß' ich wirklich nix.“

„Aber eins wird d'Ahnl wissen, was f uns wohl noch sagen könn't. Was ist denn weiter mit der Dirm' g'schehen?“

„Mit der Anhofer-Julian? No, bald hat sie 's kleine Anwesen verkauft und is nach der Stadt fort.“

„So?“

„Was lachst denn da dazu so fleisch über's ganze G'sicht?“

„Jo, eins wüß' ich halt noch gern wissen. Ist f leicht vom Ort weggegangen, oder hat f schwer trag'n?“

Da erfragten die im Garten, denn außen stürzte jemand höflich an den Büschen vorüber, einzelne vorstehende Zweige schnellten hinter ihm zurück, andre knickten.

Als der Pfarrer in seiner Stube angelangt war, schraubte er den Docht der Lampe empor und versuchte ihn anzuzünden, seine Rechte, in der er das Bündel hielt, zitterte, er war bleich, und Schweißperlen standen ihm an der Stirne. Jetzt schlug die Helle auf. Aber heute war der Himmel wolkenlos und zwischen den dunkeln Fensterrahmen erschien aufdringlich grell das Bild der mondbeleuchteten Gegend; hoch ragte der Berg an, dessen beide Zacken wie verfallte Knochen gleißten. Der Pfarrer ließ rasch die Vorhänge herab. Dann sah er, den Kopf in beide Hände vergraben, über der Legende der Seiligen und da las er — Blatt für Blatt, von Tag zu Tag des Jahres, Namen um Namen — daß sie stark gewesen in der Gnade vor dem Herrn, ohne diese auch arm, schwach, reuig.

Die Lampe verflackerte im Frührot.

5.

Früh am Morgen hatte der Schneider-Tomerl das Dorf verlassen und war gegen das Gebirge gewandert. Nachdem er etwa eine Stunde rüstig ausgeschritten, erreichte er einen Berg; bis zur halben Höhe stieg derselbe mählich an, war mit dürftigen, buschigem Tannenwuchs bestanden, durch den viele Fuchsteige liefen, wo aber diese sich verloren und der Busch ein Ende nahm, ragte eine

mächtige Feldwand steil empor. An dieser Kletterte nun der Bursche auf einem schmalen, gefährlichen Pfade hinan, bis nahe dem Gipfel, wo eine steinige Fläche, nicht größer im Gebiet als die Dorfschulstube, vorhing, dahinter zeigte sich in der Wand eine Höhle, der Eingang derselben war mit Latzen und Brettern vermauert, Moos und Streu stopften Ritzen und Spalten, in der Mitte stand eine kleine Tür offen und ließ Luft und Licht ein, rechtsseitig brach das Kniestück einer eisernen Ofenröhre aus der Verschalung hervor, und der Rauch hatte über ihr das Gestein mit einem manneshohen schwarzen Streif gezeichnet.

Der Schneider-Tomerl rief zur Tür hinein: „Guten Morgen! Beschwerfam ist's zu dir anzusteigen.“

Da trat der Einsam heraus und sagte brunnig: „Es hat dir's ja niemand g'schafft, und ich hab' auch nit nach dir verlangt.“

„Du doch nit z'wider geg'n mich,“ sagte Tomerl, „ich komm' nur, daß ich dich vertoarn'. Es dürftst dir heut leicht noch ein paar zusteig'n, die dir nit Guts wöll'n, geg'n die set' dich.“

„Ich erwart' f eh.“ Der Einsam verschwand für einen Augenblick in seine Hausung, dann kehrte er zurück, einen jener plumpen Karabiner mit Steinschloß in der Hand, mit denen vorzeiten die Reiterregimenter ausgerüstet waren.

„Is ja gut,“ sagte der Schneider-Tomerl, „aber wann f' dir einmal auf'n Peiß gerückt sein, dann nit dir das Knallbüschel gar nix. Sollst dich doch nit so beschleichen lassen, bin ja ich jetzt vor dir g'standen, wie vom Himmel g'fall'n.“

„Bild dir doch dös nit ein,“ lachte der Einsam, „ich hab' dich woßl g'sehn, schon wie d' unten durch 'n Tann' h'rausg'schossen bist.“

„Dann is 's schon recht. Ich wöll' dir's nur sagen, daß du's weißt und dich danach richtest

lannt: erwart' f' jetzt oder geh ihnen aus 'n Weg, wie dir's ansteht.“

„Darauf kannst dich verlassen, daß ich f' heim'schid', mag's jetzt in gutem sein, oder, wenn sie sich nit bedeuten lassen, auch in äblem. Dasselbe kannst schon denen sag'n, die dich auskundschaften g'schickt hab'n.“

„Einsam,“ rief der Schneider-Tomerl beleidigt, „nich schick niemand! Daß d' es weißt, ich komm' von freien Stücken, dich vertoarnen und g'ug's nach mir, ständ' ich nit alleinig da, sondern war'n wir Bub'n alle zur Stell' und täten dir helfen, aber die Letzeig'n hab'n kein' Kutaschi nit und bleiben lieber daheim.“

„Hab'n eh' recht, dös is mein' Sach', die ihneere nit. Was soll'n sie sich einmengen? Ich dalt' ja auch kein' von euch.“

„Is dallet g'nug, nur B'samm'halten hiff! Deut kommt d'Reich au dich und nachherher kommt f' an uns.“

„Ah ja, du bist der nämlich Schneider-Tomerl, von dem ich schon reden g'hört hab'! Du lebst mit einer Dirm' und die kriegt auch Kinder, ohne daß der Pfaff sein' Seg'n dazu geb'n hot? Gehe! Ei ja freilich wohl, da wird er dir schon zusteig'n, der g'strenge Hochwürden, dös is g'woiß und dös andern werd'n dich sein sigen lassen, dös is auch sicher!“

„Wohl, sie traun' sich da nit und anderswo nit, dös weiß ich eh', aber dös wüß' ich auch wissen, warum die Geißlich'n, in deren ihr' Sach' sich doch gar kein Mensch einmengt, in aller andern Leut' Sach' sich einmengen?“

„Ja, 's mag ein' woßl wundernehmen.“ Der Einsam setzte sich auf einen Steinblock und ließ den Sabu des Karabiners ein paar mal spielen, daß die Funken stoben, dann begann er die Waffe zu laden.

(Fortsetzung folgt.)

Bergwerksunfall in Nordamerika. Durch schlagende Wetter in einem Kohlenbergwerk in Sterling wurden zwölf Bergleute getötet und fünf verletzt.

Das Testament auf der Erkennungsmarke. Ein sonderbares Dokument wurde neulich in England gerichtlich beglaubigt. Es war das Testament eines mit dem in der Schlacht von Marston untergegangenen englischen Schlachtfeldbesizers umgekommenen Matrosen, der es auf seine Erkennungsmarke eingetragelt hatte.

Alle Manuskripte als Tapeten. In Schweden hat man beim Abbruch eines alten Hauses, das früher als Pfarrhaus diente, eine eigenartige Entdeckung gemacht. Als die Räume zu Ende des 17. Jahrhunderts und Anfang des 18. neu tapeziert wurden, waren als Unterlage Blätter aus einem Rechnungsbuch genutzt worden, von denen ein großer Teil bis ins Jahr 1598 zurückreicht.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Konferenz der Kleinen Entente. Havas meldet aus Belgrad: Nach dem Abkommen, das zwischen den Leitern der Regierungen der Kleinen Entente anlässlich der Verheiratung des Königs Alexander abgeschlossen worden war, wird eine Konferenz der Finanzminister dieser Regierungen im Dezember in Prag stattfinden.

Kommunisten in der Praxis. Einen hübschen Beitrag zur Kennzeichnung der kommunistischen Praxis in den Gewerkschaften und in der Industrie lesen wir in der neuesten Nummer des „Sozialistischen Boten“, in der das Protokoll der Generalsversammlung der Arbeiter und Angestellten der Staatlichen Fabrik Nr. 4 (ehemals „Promodnit“) vom 19. Mai 1922 veröffentlicht wird.

Erhöhung des deutschen Zollausgebotes. Der Marktzins hat zur Anpassung des Zollausgebotes in Deutschland geführt. Es ist gegenwärtig mit 7900 festgesetzt, das heißt, in Deutschland sind fast 80mal so hohe Zölle wie im Frieden. Mitte 1919 hat das Zollaufgeld 240 Prozent betragen, Mitte 1920 700, Mitte 1921 1900 und jetzt wurde es wie gesagt auf 7900 Prozent hinaufgesetzt.

Die Arbeitslosigkeit im Juni. Nach der offiziellen Statistik des Ministeriums für soziale Fürsorge wurden im Juni 25.350 Arbeitslose direkt unterstützt, und durch Vermittlung der Unternehmungen 22.000, zusammen also 47.350. Im Juni des Vorjahres wurden direkt 29.025, indirekt 13.762 Arbeitslose, zusammen 42.787 unterstützt.

Der Goldbergbau in Böhmen. In den „Kar. Rivn.“ findet sich die Betrachtung eines Fachmannes über den Goldbergbau in Böhmen, woraus hervorgeht, daß die wenigen Goldbergwerke, die sich in Böhmen befinden, so ziemlich erschöpft sind.

Der Verband der chemischen Arbeiter aus der tschechischen Gewerkschaftskommission ausgeschlossen. Vorgesitern fand eine Sitzung der tschechischen Gewerkschaftskommission statt, in welcher der Vorsitzende Tayerle ein Schreiben des chemischen Verbandes verlas, welches an die Gewerkschaftskommission gerichtet war, in dem der Verband mitteilt, daß er mit dem Vorgehen seines Vorsitzenden Dais einverstanden ist.

Auffschwung der schweizerischen Genossenschaftsbewegung. Soeben ist der Jahresbericht des Verbandes Schweizer Konsumvereine erschienen, der ein bedeutendes Wachstum des Umsatzes des Verbandes anzeigt. Im Jahre 1915 betrug der Umsatz 50 Millionen, 1921 aber fast 150 Millionen Schweizer Franken.

Internationales aus dem Bau- und Wohnungswesen. Eine internationale Zusammenkunft auf gemeinschaftlicher Grundlage tätiger Baubetriebe hat im Mai in Leipzig stattgefunden. Es waren Vertreter aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland, Italien, Desterreich, Schweden, Tschechoslowakei und Ungarn erschienen, um bisher auf dem Gebiete gemachte Erfahrungen auszutauschen und ihren internationalen Zusammenschluß zum Schutze der sozialen Baubetriebe herbeizuführen.

Reines Theater. Heute, den 15.: „Meisterfinger von Rillenberg“; Sonntag, den 16.: „Kastelbinder“; Montag, den 17.: „Traviata“. — Schluß der heutigen Spielzeit.

Kunst und Wissen.

Reines Theater. Heute, den 15.: „Meisterfinger von Rillenberg“; Sonntag, den 16.: „Kastelbinder“; Montag, den 17.: „Traviata“. — Schluß der heutigen Spielzeit.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Prag. Sonntag, 18. d. 1. Partie: Libitz (Dawle) Jachanertal, Cule, Steinüberfuhr, Sajawatal (Badegelgenheit). Treffpt. 5 Uhr 25 Min. Abfahrtsstelle: Willsonbahnhof. Abfahrt 5 Uhr 50 Min. Führer: Heller. — 2. Partie: Bad Cefakowih. — Mittwoch, 19. d. am Veloedere: Ende Jahrradbahn, Zusammenkunft; vorher Führerführung, 8 Uhr abend. — Achtung! Die Freitag-Ausgabe des „Sozialdemokrat“ wird alle Anfeindungen bringen. Sonntagsnummer ausnahmsweise.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

UNIO
Der beste Fliegenfänger
UNIO-WERKE PILSEN
Vertreter: JOSEF POLLAK, Weinberge.
Telephon Nr. 210. 975 Kesslova 3



GEBEN SIE STETS

ELIDA
Shaving - Stick

der unvergleichlich guten Stangenrasierseife

den Vorzug.



Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

Kuh & Kretsch
Likörfabrik
Teplitz-Schönau.

Leonhardi's Tinten
Man schütze sich vor Nachahmungen!
flüss. Tuschen
flüss. Gummi
Stempelpressen
Stempelfarben
Rektografenmasse
Rektografenblätter, Siegelacke
sind doch die besten!
Aug. Leonhardi
Bodenbach a. E.
Chemische Fabriken in Bodenbach.
Gründungs-Jahr 1826.
Altbewährte Rezepte, die Summe hundertjähriger Erfahrungen, begründen u. bewahren den Welt-ruf der Firma Leonhardi.

CAFÉ ELEKTRA
PRAG-WEINBERGE
beim Musserm, neben dem Deutschen Theater.
TREFFPUNKT DER GENOSSEN.
Telephon 4854. 478

Egger & Co.
Prag-Karlin, Kralovská tr. 14.
Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren.
Eggers Milch- und Kaffeeskaramellen,
Eggers 140er Peppermint 544
in allen Konsumvereinen erhältlich.

gegen **TO KE** auf Baten liefern wir:
a) Gramophone, Platten etc
b) Violinen, Mandolinen, Gitarren, sowie auch alle anderen Musikinstrumente.
c) Holz- u. Blech-Blasinstrumente. — d) Mund- u. Ziehharmonikas. — e) Photograph. Apparate und deren Zubehör.
GRAMMOPHONE
IMPORT COMPANY Bräun,
Freiheitsplatz 6,
Preislisten nach Angabe des gewünschten Instrumentes gratis. 472

Die Volksbuchhandlung **Ernst Sattler,** Karlsbad
unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art **Literatur.**
Alle nicht lagernden oder wo immer angefordigten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Saponia
ist die vollkommenste Waschseife, schäumt leicht, wäscht vorzüglich und schont die Wäsche!

REMA
die beste
Speise-Schokolade
besorgt den Konsum-Vereinen die **G. E. C.**

F. Štastný, Spediteur Prag,
Václavské nám. 57.
Spedition aller Art, Verzollungen eigene große Lageräume, Möbeltransport per Bahn und Achse ohne Umladung. 186
Spediteure der „Großeinkaufsgesellschaft“ Prag.

Ebermanns
Mundwasser — Zahnpulver
das Beste und Billigste zur täglichen Zahnpflege.
Erhältlich in Apotheken, Drogerien, Parfümerien und Konsumvereinen.
Dr. Ebermann, Prag 619-1.

Brüder Tauber
Wingrosshändler
Weingutsbesitzer
Prag Mysocan